

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 8.- Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Doppelseite 0,70 Goldmark, Restliche 1.- Goldmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 21. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutschland und der Völkerbund.

Eine Unterredung mit Branting.

Genf, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Korrespondent des „Vorwärts“ in Genf hatte am Freitag eine Unterredung mit dem ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Genossen Branting...

Heimkehr der Ausgewiesenen.

Ludwigshafen, 20. Juni. (Mitb.) Die Rheinlandkommission teilt in einer amtlichen Pressemitteilung mit, daß der französische Oberkommissar an die Delegierten der französischen Zone sofortige Anweisung zur Aufstellung von neuen Ver-

zeichnissen zur Rückberufung von Personen, die während des passiven Widerstandes ausgewiesen worden sind, gegeben hat.

Die Aufstellung von Listen der Verurteilten und Ausgewiesenen stieß bisher, wie wir aus dem Ministerium für die besetzten Gebiete erfahren, auf den schärfsten Widerstand der Befehlsgewalt...

Die Tatsache, daß die Befehlsgewalt selbst zu dem auffordert, was sie vor kurzem noch als Spionage verfolgte, ist ein Symptom dafür, daß im besetzten Gebiet nun doch allmählich ein anderer Wind zu wehen beginnt.

Esien, 20. Juni. (Tl.) Der Delegierte des deutschen Roten Kreuzes für das Ruhrgebiet und den Regierungsbezirk Düsseldorf und Esien teilt soeben aus Weing mit, daß die bisher in St. Martin de Re inhaftierten deutschen Gefangenen heute nachmittags in Zweibrücken eintreffen und zunächst dort verbleiben werden.

Bayerische Reservatrechte?

München, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Einer halbamtlichen Mitteilung zufolge wollte der bayerische Handelsminister von Reinel im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten v. Knilling am Mittwoch und Donnerstag in Berlin, um in Ergänzung der wiederholten schriftlichen bayerischen Anträge neuerdings die Eisenbahnfrage und die damit zusammenhängenden bayerischen Wünsche und Forderungen bei der Reichsleitung zur Sprache zu bringen.

Die Initiative des Geschäftsministeriums Knilling ist, wie man hört, auf direkte Vorstellungen zurückzuführen, die die Bayerische Volkspartei zu Beginn der Woche bei Knilling erhoben hat.

Seit wann steht die Reichspolitik wieder einmal unter der Kontrolle eines bayerischen Ministeriums? Herr Marx scheint immer noch nicht zu wissen, daß er lediglich dem Reichstag und nicht der bayerischen Regierung Rede und Antwort zu stehen hat.

Bayerische Ordnung.

München, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Regierungskrise wird nachgerade zum Gegenstand des allgemeinen Gesprächs, nachdem nun elf Wochen seit den Landtagswahlen und fünf Wochen seit Aufnahme der offiziellen Koalitionsverhandlungen ins Land gegangen sind.

Blinder Lärm.

Spitzels Hundstagsphantasien über die deutsche Revanche.

London, 20. Juni. (W.T.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, er habe festgestellt, daß der alarmierende Bericht, der vor kurzem bekannt wurde und dem französischen Oberkommando zugeschrieben wurde und der zum Ausdruck brachte, daß ein deutscher militärischer Angriff auf die französischen Befehlstruppen unmittelbar bevorstehe, in Wirklichkeit die Arbeit eines überreizigen Agenten war, der aus deutschen chauvinistischen Kreisen stammendes Geschwätz in Tatsachen verdrehte.

Die Ermordung Matteottis.

Rom, 15. Juni. (Verpätet eingetroffen.)

Obwohl der Ministerpräsident der Frau des Genossen Matteotti, die von ihm die Leiche ihres Mannes forderte, die Hoffnung aussprach, den Verschundenen noch lebend wiederzufinden, hat man in Parteikreisen diese Hoffnung aufgegeben.

Unser Parteisekretär hat am Dienstag, den 10. Juni, nachmittags um etwas nach 4 Uhr, seine Wohnung in Rom verlassen, um sich mit dem üblichen Stoß von Papieren in die Kammer zu begeben, in der die Debatte über das Budgetprovisorium bevorstand.

Die Nummer des Autos führte auf die Spur. Es entstammte der Garage, die dem Ministerium des Innern die Autos stellt, und war im Namen des Chefredakteurs des faschistischen „Corriere Italiano“, eines gewissen Filippo, von dessen Chauffeur abgeholt und einem Herrn Dumini überliefert worden.

Unfasslich ist es, daß heute, mehr als 48 Stunden nach der Verhaftung von drei Schuldigen, noch nicht festgestellt werden konnte, wo sich der Verschleppte — tot oder lebend — befindet.

gestehen, daß unsere Sprache zu arm, zu farblos ist, um einen Ausdruck für solches Vorgehen zu bieten.

Was das Verbrechen als solches betrifft, so ist die Situation, fünfmal 24 Stunden nach der Verschleppung, die folgende: man kennt die materiellen Urheber der Tat, hat drei von ihnen verhaftet und die anderen umzingelt, kennt den Mann, der die Tat durch Lieferung des Autos ermöglichte, hat aber bis heute den verschleppten Abgeordneten weder tot noch lebend auffinden können. Wenn nicht zufällig ein Mann die Nummer des Autos gesehen hätte, wäre sicher längst die Legende akkreditiert, daß unser Parteisekretär ins Ausland geflohen sei, um die faschistische Regierung zu kompromittieren. Das sorgfältige Verstecken des Körpers hatte offenbar den Zweck, diese Legende zu ermöglichen.

Nach dieser Darlegung des Tatbestandes wollen wir seine politischen Rückschlüsse beleuchten. Am Mittwoch, vor Schluß der Kammer Sitzung, gab Mussolini die nachstehende Erklärung ab:

Ich nehme an, daß die Kammer mit schwerster Besorgnis Nachrichten über das Geschehen des Abgeordneten Matteotti erwartet, der am Nachmittag des vorigen Dienstag verschwunden ist unter bis jetzt noch nicht genau bekannten Umständen von Zeit und Ort, die aber die Vermutung eines Verbrechens rechtfertigen, das die Regierung und das Parlament ergreifen und entkräften muß. Sobald ich von dem Vorfall Kunde erhielt, habe ich strengsten Befehl erteilt, sowohl in Rom als außerhalb und an der Grenze eingehende Nachforschungen anzustellen. Die Polizei hat schon eine Spur, die sich aus sachlichen Umständen und aus Verdachtsgründen ergibt, und wird alles tun, die Schuldigen zu verhaften und der Gerechtigkeit zu überstellen.

Kein Wort weiter. Es folgte eine Erklärung des Kammerpräsidenten, der der Familie die Sympathie der Kammer und den Wunsch aussprach, der Abgeordnete möge ihr lebend zurückgegeben werden, dann einige Worte des Genossen Gonzales, der im Namen der gesamten Opposition sprach und am Schluß sagte:

Die Erklärungen des Kammerpräsidenten, des Garanten aller von der Nation gewählten Vertreter, und die des Ministerpräsidenten, des Wächters über das Gesetz, entsprechen nicht unseren Erwartungen. Sie klingen wie Versicherungen über eine einfache Verwaltungsangelegenheit. Im Namen meiner Fraktionskollegen und der gesamten Opposition erhebe ich hier Anklage gegen das unerhörte Verbrechen.

Im Saal wird es still wie in einer Kirche. Und auf einmal tönt in diese Stille die Stimme des Republikaners Chiesa: „Die Regierung hat das Wort.“ Die Stille wird noch tiefer, atemlos. Vom Regierungstisch fällt das erwartete Wort nicht. . . Mit eherner Stimme schleudert Chiesa die Worte in den Saal: „Die Regierung schweigt: sie ist mitschuldig.“ Der darauf folgende Tumult kann diese Worte nicht übertönen, kein Tumult kann sie jemals übertönen. Nichts wird sie in der Geschichte des Landes je zum Schweigen bringen, außer der rückhaltlosen Ausbeutung der Wahrheit, wenn diese die Worte entkräftet.

Am nächsten Tage beschloß die vereinigte Opposition, von den Merkmalen bis zu den Kommunisten, den Parlamentsfraktionen aus Protest gegen das Verbrechen fernzubleiben. In anderen Zeiten, als es auch in der Politik noch jene Ritterlichkeit gab, jene „Generosità“, die einen der vornehmsten Tugenden des italienischen Volkscharakters ausmacht, hätte die Mehrheit zum Zeichen der Trauer die Sitzung aufgehoben; heute ist man praktisch veranlagt, Man hat aus der Abwesenheit der Opposition Vorteil gezogen, um das Budgetprovisorium ohne Diskussion anzunehmen und die Kammer zu vertagen, wie es heißt, bis November. In solchem Geiste arbeitet der Idealismus der Erneuerer Italiens. . . Matteotti sollte zur Budgetdebatte reden.

In der letzten Kammer Sitzung, bei der die Faschisten ganz unter sich waren, hat Mussolini weitere Erklärungen ab-

gegeben, in denen er die Kammer fragte, ob sie ihm die Verhängung des Standrechts bewilligen wolle, was sie durch Zuruf verneinte.

Es wäre in der Tat sehr bequem gewesen, hinter den dicken Mauern eines Gefängnisses die Schergen zum Schweigen zu bringen, die die Namen der Auftraggeber wissen.

Diese Rede, die das Verbrechen nur in seinem Rückschlag auf die ministerielle Lage betrachtet, wurde am Freitag nachmittag gehalten. Sie konnte es nicht verhindern, daß der Verdacht von unten herauf höher kroch, vom Schergen zum Auftraggeber. Man küßerte Namen von Mitschuldigen, aber das Flüstern übertönte jeden Namen. Am Sonnabend früh erfuhr man, daß der Unterstaatssekretär Finzi und der Chef des Pressebureaus der Ministerpräsidentenschaft, Cesare Rossi, von ihrem Amt und von ihren Parteistellen zurückgetreten waren. Der nächstfolgende Tag, Sonntag, der 15., brachte die Nachricht von der Verhaftung des Chefredakteurs des faschistischen „Corriere Italiano“, eines gewissen Filippelli, in dessen Namen man das Auto entnommen hatte. Die Leiche Matteottis ist noch nicht herausgegeben worden, aber es reißt sich ein moralisch Toter an den andern. Es ist nicht abzusehen, wo man der Justiz wird Halt gebieten können. Dumini, der als Scherge verhaftete faschistische Führer, ein Angestellter des Pressebureaus der Ministerpräsidentenschaft und reisender Inspektor des „Corriere Italiano“ hat, dem römischen Mittagsblatt „Sereno“ zufolge nach der Verhaftung zu einem hohen Offizier der faschistischen Miliz gesagt: „Es ist besser, mich nicht mit langen Verhören zu quälen. Ich weiß nichts, aber auch wenn ich etwas wüßte, würde ich nichts sagen. Alle meine Handlungen haben nationale Zwecke gehabt (unter dem Begriff der nationalen Zwecke wurden alle faschistischen Verbrechen in der Weihnachtsamnestie von 1921 amnestiert). Ich habe nie aus eigener Initiative gehandelt. Benachrichtige . . .“ (und hier folgt, wie die Zeitung sagt, der Name einer hochgestellten Persönlichkeit), daß ich keine lange Haft vertrage. Sonst werde ich reden und den Simson spielen. Die Philister sollen sich in acht nehmen.“

Der Rücktritt Finzis hätte Mussolini Gelegenheit gegeben, von dem Menschen abzurücken, den der Verdacht umzingelt. Er hat es nicht getan, sondern hat das Schreiben Finzis mit dem nachstehenden Brief beantwortet:

„Lieber Finzi, ich verstehe und würdige Deine edle und tapfere Entscheidung, die Deiner Vergangenheit als Frontkämpfer und als Faschist der ersten Reihe würdig ist. Ich willfahre Deinem Wunsch. Aber jetzt haben Deine Gegner aller Art die absolute moralische Pflicht, aus dem feigen Schatten des anonymen und miserablen Geschwäges herauszutreten. Wenn sie das nicht tun sollten, werden sie von dem Bewußtsein der Nation als Verleumder und Spekulanten verurteilt werden. Die Dienste, die Du dem Faschismus und der Regierung geleistet hast, werden unvergessen bleiben. Herzlich
Mussolini.“

Zur Illustration dieses Briefes sei hinzugefügt, daß in der Nacht vom 13. auf den 14. die Villa Finzis bereits polizeilich überwacht war.

Während so plötzlich in den Fugen wankt, was für Jahre gefügt schien und sich selbst für die Dauer von Generationen unerschütterlich glaubte, fragt man sich: zu welchem Zweck ist unser Genosse ermordet worden? Wem war das Spiel so hohen Einsatz wert? Natürlich muß man sich bei der Antwort vor Augen halten, daß die Auftraggeber des Verbrechens mit Bestimmtheit damit rechnen, heil davon zu kommen, wie bei Dugenden von Morden in der Provinz, wie bei dem Ueberfall auf den Abg. Amendola, bei der Verwüstung der Villa Rittis, die ja auch auf das Leben des früheren Ministerpräsidenten abgezielt hatte. Man wollte Matteotti verschleppen, töten, die Leiche verstecken und glauben machen, er sei „ins Ausland geflohen“. Aber ein Mensch hat durch Zufall die Autonummer aufgeschrieben und heute ergibt sich die eben skizzierte Sachlage.

Als Schema für die Orientierung kommt unserer Ansicht nach zweierlei in Betracht. Entweder ist Matteotti aus dem Wege geräumt worden — was ihm ja die faschistische Presse periodisch seit langem in Aussicht gestellt hatte — weil er Dokumente über schmutzige Finanzmanöver, etwa über die Petroleumgeschichte oder, wahrscheinlicher, über die Bewilligung der Spielbällen in Händen hatte. Oder aber er ist als Opfer jener Elemente der faschistischen Partei gefallen, die den Bürgerkrieg wollen, weil sie bei ihm auf ihre Rechnung kommen. Entweder ist er von bezahlten Mördern niedergestreckt worden, damit seine Stimme nicht in der Budgetdebatte erklinge, oder, damit der Widerhall seines Todes, der Haß und Abscheu, den er entfesseln muß, die Friedensrede des Ministerpräsidenten übertöne. Dieser letzten Version scheint Mussolini beizupflichten.

In der Universitäts- und von Rom und Neapel hängt die Fahne Halbmast. Die Gerichte haben zum Zeichen der Trauer ihre Tagungen aufgehoben. Auf den Straßen Roms sieht man keinen Menschen mehr mit dem faschistischen Abzeichen. Viel Carabinieri, viel Militär (das Kolosseum starrt voll Kavallerie), viel Polizei. Die Miliz ist konzentriert. Die Menge spricht leise, aber sie ballt die Fäuste. Entsetzliche Gerichte über die Verstückelung der Leiche sind im Umlauf. Was heute der Tote spricht, ist vielleicht doch eine schwerere Anklage, als sie der Lebende in seiner Budgetrede hätte vorbringen können.

Jetzt kann nur eines die Ehre des Landes retten: erbarmungslose Klarheit. Und deshalb tönt noch heute der Ruf Chiasas, Antwort heischend: „Die Regierung hat das Wort!“

Die Geschäfte der Oberfaschisten.

Rom, 20. Juni. (Eca.) In einem Brief, den alle Zeitungen veröffentlichen, verteidigt sich Unterstaatssekretär a. D. Finzi gegen die Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben wurden. Der Befehlswort über das Hasardspiel, mit dessen Vorgeschichte die Ermordung Matteottis in Zusammenhang gebracht wird, sei nicht von ihm eingebracht worden. Demgegenüber betonen die Zeitungen, namentlich die „Tribuna“, daß Finzi der erste gewesen sei, der für die „Regelung“ des Hasardspiels eintrat. In Bari wurde in einem Egyporengeschäft, das mit Filippelli in Verbindung stand, wichtige Papiere beschlagnahmt, aus denen hervorgeht, daß Filippelli einen schwunghaften Handel mit Titelverleihungen trieb. So erhielt er von einem Kriegsgewinnler aus Bari 120000 Lire für die Vermittlung des Kommandatorettels.

Mussolini will Frankreich den Mund verbinden!

Rom, 20. Juni. (U.) Die italienische Regierung hat ihren Botschafter in Paris beauftragt, die französische Regierung auf den ungünstigen Eindruck aufmerksam zu machen, den der scharfe Ton der französischen Presse und die Kundgebung der französischen Kammer zu dem Falle Matteotti in der öffentlichen Meinung Italiens hervorgerufen hat. Herricot habe diesen Protest des italienischen Diplomaten zur Kenntnis genommen und erklärt, er werde nichts unterlassen, um eine Trübung der zwischen den beiden Nationen herrschenden Freundschaft zu verhindern.

Eine bezeichnende Pressebuchverordnung.

Rom, 20. Juni. (W.B.) Eine Verordnung des Ministeriums des Innern verbietet auf das strenge, Oppositionsblätter zu verbrennen oder ihre Verbreitung mit Gewalt zu verhindern.

Noch ein Wort.

Rom, 20. Juni. (E.B.) Der aus der faschistischen Partei ausgestreteten Abg. Forni hat an den Innenminister die Anfrage gerichtet, ob er davon Kenntnis habe, daß in dem Dorfe Campolo, Provinz Pavia, ein Faschist von einem Unbekannten erschossen wurde, weil er die Ermordung Matteottis öffentlich bedauerte, und welche Maßnahmen er zu ergreifen gedente, um des Mörders habhaft zu werden.

Der Dalles.

Eine richtige Armut ist die Kunst des ruhigen, geregelten Entbehrens, ein Training des Verzichtes, das die feilsche Musenfatur zu einer gesammelten Kraft, zum stählernen Schaffenswillen bereitet. Aber wenn man in einem Zustand der Entbehrtheit lebt, der einen nicht einmal zum gesammelten Entbehren kommen läßt, — was dann? Wenn man weiß, daß auf unbegrenzte Zeit hinaus auch nicht das geringste Stimmchen in Aussicht steht? Wenn der Zeitpunkt leicht zu errechnen ist, da das letzte Buch verrentenpennigst kein wird, wenn Schreibmaschine, Gehrod, Stiefel, Wäsche, Mäntel und dergleichen Ueberflüssigkeiten in den lauernden Bolsprachen der absoluten Hilfslosigkeit hineingeschleudert wurden, wenn alle Bemühungen um gewinnbringende Arbeit in Straßenbahndirektionsbureaus, in der Assurancebranche, im Kolportagegeschäft vergeblich waren, wenn die lockende Burschigkeit der Frau langsam in einem qualvollen Schweigen zu ersticken beginnt, in der verzweifelten Weigerung, Kartoffeln leihen zu gehen, da die Strümpfe denn nun doch wirklich am Ende angefangen sind. . . wenn das Gas, das elektrische Licht gesperrt wurde, wenn man zu einer Befragung im Zentrum der Stadt Berlin vier Stunden tüchtigen Fußmarsches braucht, da die Straßenbahn es nun einmal nicht für 12 Pfennige tun will — dann, ja was dann?

Dann entschließt man sich, abermals einen solchen Fußmarsch anzutreten, in eine nette Straße des Westens, wo einem ein Freund wohnt. Man überlegt sich, was man sagen wird: man wird, um der Erörterung des erwähnten Zustandes einen Schimmer längelnder Grazie zu geben, man wird nach einigen Präzedenzen über die Beschaffenheit der Zeitläufte im allgemeinen lächelnd vom eigenen „bildschönen Dalles“ im besonderen anfangen — und das Uebrige wird sich dann schon von selbst regeln, sozusagen automatisch. . .

So tat ich. Ich schlich die läuferbelagte Treppe hinauf und kostete bei jeder Stufe die Wollust aus, zu denken: noch bist du nicht da, noch brauchst du nicht zu präzudieren und zu lächeln. — Man klingelt, das Herz steht still. . . man könnte ja noch davonlaufen. Aber der Diener öffnet und man läßt sich willenlos zur Hinrichtung führen — in den Salon bitte. . .

Der Freund scheint nebenan im Herzzimmer, man hört — wie oft er doch ewig beschäftigt, der Arme — seine telefonierende Stimme. — Wie, also auch hier wieder Sorgen, auch hier Verzicht? Man hört des lieben Freundes Unmut darüber, daß er fünf Wille für ein Wägelchen zahlen soll, das anfangs nur vier Wille kosten sollte. — das sei natürlich eine Unmöglichkeit. Und in 3 Wochen erst lieferbar? Bäckerisch — man braucht den Wagen doch sofort, man will mit ihm nach Harzburg. Wie ärgerlich, nein, wie ärgerlich. — Schluß des betrübten Gesprächs.

Man wird gemeldet, der Freund tritt ein und ist erfreut, aufrechtig erfreut sogar. Zigarette? Schnaps? Man ist so frei. Präzedenzen. . . leider schlecht vorgebracht, ein bißchen stockend und schluckend. Wenig längelnde Grazie. Nun köme also der bildschöne Dalles, nur Rut, nur schnell. Aber der liebe Freund ist schneller,

er macht ein ganz ernstes Gesicht. „Ja, ja, mein Lieber, recht haben Sie, zehnmal recht, es ist wahrhaftig eine schwere Zeit. Ich wünsche Ihnen meine Sorgen nicht. Geschäft — wie abgeschnitten. Und kein Mensch zahlt, aber alle wollen Geld. Ich habe seit langem schon ein Prachtexemplar von Dalles, einen direkt bildschönen Dalles, sage ich Ihnen. . .“

Blissig lächelnd bemerkt man, so ganz schlimm werde das doch wohl nicht sein mit dem Dalles des lieben Freundes. Da wird der Kermis beinahe böse, daß man nicht an seine Sorgen glaubt, die wahrhaftig nicht von schlechten Eltern seien. — Nun muß man sich dazu bequem, den Guten verständnisvoll zu bedauern, man trinkt noch einen Schnaps und scheidet bald, mit den besten Wünschen für das Wohlergehen der Gattin und der reizenden Töchterchen sowie in der beiderseits geäußerten Hoffnung auf ein Wiedersehen. . .

Ich finde es nicht schön, wenn reiche Freunde sich vom Armen, nein vom Hilfslosen ihres Dalles halber bedauern lassen. Ich höre es lieber, wenn solche sagen: „Ich will dir nichts geben. Mir hat auch niemand etwas gegeben. Ich bin aber tüchtiger als du. Es ist sinnlos und nicht einmal nützlich, das hilflose Fortwursteln von Leuten deines Kalibers zu bestärken. Erfahre an dir die Geheße des starken, unerbittlichen Lebens, das solches Gewirm wie dich zermalm.“

Das wäre ehrlich, bürgerlich und zeitgemäß gesprochen.

Heinrich Wölfflin.

Zu seinem 60. Geburtstag am 21. Juni.

„Die Kunstgeschichte nach Aufgaben behandeln, das ist mein Vermächtnis.“ So überliefert uns Jakob Burckhardts Schüler, Heinrich Wölfflin, ein Wort seines Lehrers, als den sonst so Unpathetischen die Feierstimmung seines 75. Geburtstages feierlich emporgeliegt. Und keiner ward wie Wölfflin dieses Willens Vollstrecker und Erfüller.

Von dem Lehrstuhl in Basel, wo er seines Meisters Nachfolger geworden, in den Hörsälen Berlins und Münchens freute er die leimkräftige Saat, die zugleich in seinen Schriften lebendigste Gestalt gewonnen. Und wenn er in jener Würdigung Burckhardts es als die eigentliche Mission des Kunsthistorikers bezeichnet, immer nur Querschnitte zu machen, so weiß er selbst sie mit scharfem Blick und sicherer Hand stets dort zu ziehen, wo sie die innerliche Lebensstruktur bloßlegen. Niemand beugt er sich unter die tyrannische Forderung nach ermüdender Vollständigkeit des Materials. Wie ihm die wahre Aufgabe des Kunstforschers erst dann anhebt, wenn der Denkmälerbestand völlig geordnet ist, die Tatsachenforschung ihre Arbeit vollendet hat, so interessiert ihn an dem Einzelfall stets nur das Typische, ins Unvergleichliche Emporgeliegt.

In diesem Sinne bedrückt er in „Renaissance und Barock“ an einzelnen charakteristischen Bauwerken Roms den innersten Gegensatz zweier einander ablösender Kunstanschauungen, in diesem Sinne weitet sich ihm das Problem der „Kunst Albrecht Dürers“ zu dem Kampf um ein neues Ideal, um die Ausgleichung zwischen eigenem und klassischem Wesen: „Es ist groß, was er getan hat, aber vielleicht liegt das Größere in dem, was er überwunden hat. Die Resultate seines Lebens sind kaum so interessant wie der Weg, auf dem er sie gewonnen.“ In Satz und Gegenatz, in der

Gegenüberstellung von schlagenden Beispielen erhebt Wölfflin der „Klassischen Kunst“ tiefsten Wesenskern, sie vor allem mit der Frührenaissance kontrastierend. Und die gleiche Methode der anschaulichen Ueberzeugung durch Gegenüberstellung weist Wölfflins bahnbrechendes Werk „Kunstgeschichtliche Grundbegriffe“ auf. Wie kein anderes Werk dieses Gelehrten, ja wie wohl kein anderes einer historischen Disziplin der letzten Jahrzehnte haben die „Kunstgeschichtlichen Grundbegriffe“ anregend und neue Forschungswege rühmend gewirkt. Sie haben der Kunstwissenschaft eine Führerstellung gesichert, indem auch andere Wissensgebiete, wie Geschichte und Literaturgeschichte, die Grundlinien ihrer Forschungs- methode von ihr entlehnten. Freilich birgt die scheinbar so bestechende einfache Einordnung des ganzen Entwicklungsprozesses unter fünf Begriffspaare die Gefahr des schematischen Zwanges in sich, der niemals ihr Schöpfer, wohl aber geistarme Nachahmer nur allzu leicht zum Opfer fallen. Aus Vorlesungen geboren, tragen die „Kunstgeschichtlichen Grundbegriffe“ das Zeichen lebendigster Durchdringung, vereint mit einer sprachlich bis ins letzte durchgemeißelten Darstellungsform, die jede von Wölfflins Schriften, von seinen Frühwerken bis zu dem vorläufig letzten Wägelchen „Das Erklären von Kunstwerken“, in Wahrheit zu einem Kunstwerk über Kunstwerke macht.

Dr. H. F.

Das Deutsche Opernhaus und die Steuerbehörde. Bekanntlich bemüht sich das Deutsche Opernhaus seit Jahren, von den zuständigen Stellen, besonders vom Kultusministerium, die Anerkennung seiner Gemeinnützigkeit zu erhalten, so wie sie gegenüber der Volksbühne ausgeprochen ist. Diese Erklärung ist seitens des Ministeriums nicht gegeben worden, da das Bezirksamt Charlottenburg widersprochen hat. Bisher wurde nun vom Deutschen Opernhaus keine Vergünstigungserhöhung erhoben. Vor einiger Zeit aber verlangte das Bezirksamt Charlottenburg von der Direktion die sofortige Zahlung rückständiger Vergünstigungssteuern vom 1. Januar 1923 bis jetzt in Höhe von 240000 Goldmark. Die Direktion des Deutschen Opernhauses teilte dem Magistrat daraufhin mit, daß sie eine solche Summe augenblicklich nicht zahlen könne und daß die Zahlungspflicht strittig sei, weil in der Frage der Gemeinnützigkeit des Theaters das Preussische Ministerium das letzte Wort noch nicht gesprochen habe. Der Magistrat Berlin glaube jedoch, an seinem Standpunkt festhalten zu müssen und ließ daher einen Teil des wertvollen Inventars des Deutschen Opernhauses pfänden. Der Betrieb wird durch diese Maßnahme nicht berührt.

Ein neuer Ordensritter. Richard Strauch ist gelegentlich seines 60. Geburtstages zum „himmelfähigen Mitglied des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste“ gewählt worden. Nach der Reichsverfassung sind zwar die Orden aufgehoben, da aber die Würde der deutschen Kunst und Wissenschaft derartige Kindereien anscheinend nicht entbehren kann, so besteht die Friedensakademie des Pour le mérite als freie Vereinigung von Gelehrten und Künstlern fort und kennzeichnet ihre Mitglieder durch bunte Bleckmarken, die am Halse getragen werden.

Die Ostmarkenschau in Frankfurt a. D. hat zu ihrem Haupttag die Vertreter der Presse zu Gaste geladen, um ihnen ein Bild zu geben, sowohl von der Entwicklung Frankfurts als Kulturzentrum des Ostens, als auch von der Arbeit, die es in schwerer Zeit mit der

„37 Jahre Ruhrbesetzung“!

„Echt „Lokal-Anzeiger“ — echt deutschnational.

Die angekündigte Erklärung des „Lokal-Anzeiger“ ist erschienen. Sie ist ein Gemisch von Feigheit, Lüge und Niederträchtigkeit; mit einem Worte: echt deutschnational.

Die Redaktion des „Lokal-Anzeiger“ hatte wohl erkannt, daß sie mit ihrer Balkenüberschrift: „Herriot droht mit 37 Jahren Ruhrbesetzung“ eine politische Dummheit größten Kalibers begangen hatte. Deshalb hatte sie bei den Redaktionen der Linkspresse angerufen, um eine Berichtigung in Aussicht zu stellen.

Aber sie ist zu feige, um ihren Fehler den Lesern einzugestehen. Sie hatte uns Ammenmärchen von „Betriebschwierigkeiten“ und „Telephonstörungen“ erzählt, von denen wir natürlich nicht ein Wort glaubten. Das Mindeste, was man erwarten durfte, war, daß der „Lokal-Anzeiger“ die selben Ausreden auch seinen eigenen Beziehern vorsehen würde.

Statt dessen versucht das saubere Blatt, sich um eine wirkliche Berichtigung herumzudrücken. Es spricht weiter von einer „Drohung“ Herriots mit 37 Jahren Ruhrbesetzung, obwohl es drei Zeilen weiter zugibt, daß der Sinn dieser „hypothetischen Äußerung“ Herriots ganz klar sei: nämlich, wenn es nach Maginot ginge, usw.

Dann aber fragt der „Lokal-Anzeiger“: Warum gerade 37 Jahre? Wie kommt er zu dieser Zahl? Haben sich die Alliierten bereits darüber verständigt? Ist etwa dabei dem „temperamentvollsten Südfrenzo“ ein diplomatisches Geheimnis entschlüpft?

Um die eigene Blamage und Dummheit zu vertuschen, tut man sehr gelehrt und geheimnisvoll und erklärt sich auf die Beantwortung dieser Fragen „gepannt“. Der „Lokal-Anzeiger“ kennt ja das Niveau seiner Abonnenten am besten und weiß, was man ihnen zumuten darf und womit man ihnen imponiert. Den politischen Redaktionen in den Berliner Zeitungen aber wagte man natürlich nicht, derartige „schlechte“ Erklärungen aufzufischen, und erzählte man von „Betriebschwierigkeiten und Telephonstörungen“!

Dieses selbe Blatt, das schon einmal in der Geschichte Europas eine verhängnisvolle Rolle spielte, indem es die falsche Nachricht der deutschen Mobilmachung am 31. Juli 1914 durch Czarblatt verbreitete und damit den Kriegstreibern in Petersburg den erwünschten Vorwand zur Beschleunigung ihrer Maßnahmen lieferte, dieses Volksverdrummungsinstrument hätte doch allen Grund, vorsichtig und zurückhaltend zu sein. Statt dessen heßt es unentwegt und unverfroren denn je, und aus lauter Wut über die Versöhnungspolitik der Regierung Herriot versucht es mit den gemeinsten Mitteln die deutsche Öffentlichkeit gegen sie aufzuheizen.

Und wer ist der Haupttreiber in diesem Schmutzigen, von der Hugenbergschen Schwerindustrie finanzierten Geschäft? Herr Johann Wolfgang Harnisch, der sich am 13. März 1920 mit Begeisterung dem glorreichen „Reichskanzler“ Kapp als Presse-Chef zur Verfügung stellte, und der, nach dem Zusammenbruch dieses hochverräterischen Unternehmens, bei den republikanischen Zeitungsredaktionen intervenieren ließ, damit man ihn nicht verhafte und verfolge: er ließ damals „nervösen Zusammenbruch“ und gewissermaßen § 51 vorkühnen.

Seit der Amnestie für die nichtführenden Kapp-Verbrecher ist der tapfere Herr Johann Wolfgang Harnisch wieder sehr munter und gesund und leitet gleichzeitig die politische Brunnengiftung gegen Herriot und die mörderische Hehe gegen Breitscheid in den Spalten seines Blattes.

Ist es denn kein Mittel, um solchen Gesellen das volksverderbliche Handwerk zu legen?

Regierungsbaurat Steuernagel, der Leiter der Pressestelle im Reichsverkehrsministerium, ist zum Oberbaurat befördert worden. Oberbaurat Steuernagel hat sich um die Informierung der gesamten deutschen Presse große Verdienste erworben. Seine Beförderung wird deshalb in der deutschen Presse mit Genugtuung aufgenommen werden.

Veranstaltung der Ausstellung geleistet hat. Die zahlreich erschienenen Vertreter der Presse versammelten sich um 10 Uhr vormittags im Sitzungssaal des Rathauses, wo sie zunächst vom Oberbürgermeister Dr. Trautmann willkommen geheißen wurden. Es wurde ihnen gezeigt, was die Ausstellung zuwege gebracht hat. Im Anschluß daran schilderte Stadtrat Dr. Müller die Entwicklung in der Nachkriegszeit, Stadtbaurat Uthoff die bauliche Entwicklung Frankfurts und schließlich gab Stadtschulrat Kretschmann einen Überblick über die Aufgaben Frankfurts als Kulturmittelpunkt der Ostmark und betonte als letztes Ziel die Wiedererrichtung der alten Hochschule in Frankfurt mit einem Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft. Es schloß sich eine Rundfahrt durch die Stadt mit späterem Besuch der Ausstellung an.

Ein neu entdeckter Doppelstern. Ueber 300 Jahre mußten vergehen, ehe das Geheimnis eines seltsamen Sternes aufgedeckt werden konnte. Im Jahre 1596 entdeckte der friesische Priester David Fabricius im Sternbilde des Walfisches einen hellen Stern, den er vorher niemals gesehen hatte. Nur wenige Wochen war der Stern sichtbar, dann suchte Fabricius ihn vergeblich. Daß der Stern ein Gestirn sein konnte, das seine Helligkeit wechselte, darauf ist der Priester nicht gekommen. Diese Jahre später wurde der Stern dann nochmals aufgefunden. Die Astronomen standen damals vor einem Rätsel und nannten daher den Stern „Mira Ceti“ („Der Wunderbare im Walfisch“). Drei Jahrhunderte später — unterdessen waren schon viele andere Sterne entdeckt worden, die auch ein Ab- und Zunehmen in ihrer Helligkeit zeigten — versuchte die astronomische Wissenschaft die Ursache des Helligkeitswechsels des Sternes zu ergründen. Eine Anzahl von Theorien ist aufgestellt worden, die aber alle keine genügende Erklärung des Problems ergaben. Heute ist man zu der Ansicht gelangt, daß die Helligkeitsänderungen wohl auf Fleckenbildung auf dem Stern, wie die bekannten Sonnenflecke, zurückzuführen ist. Bekannte amerikanische Astronomen haben, in der Annahme, daß der Stern ein Doppelstern sein könnte, immer vergeblich nach einem Begleiter gesucht. Der amerikanische Astronom Tap von der großen Sternwarte auf dem Berge Mount Wilson in den Vereinigten Staaten hat in neuester Zeit durch Erforschung des Lichtes des Sternes mit einem Spektroskopapparat Eigentümlichkeiten in dem Spektrum entdeckt. Auf seine Veranlassung hin beobachtete der Astronom Aitken auf der Perkessternwarte in Amerika den Stern und fand tatsächlich einen weißblauen Begleiter von geringer Helligkeit. Sein Abstand vom Hauptstern Mira ist ziemlich gering; besonders verhindert Mira durch die große Helligkeit, die er ausstrahlt, ein genaues Beobachten des Begleiters; was auch der Grund gewesen sein mag, weshalb der Begleiter solange seiner Entdeckung harre.

Die Freie Deutsche Akademie des Städtebaues wird am 30. Juni in Berlin ihre diesjährige Hauptversammlung abhalten. An die geschäftliche Besprechung der Akademiemitglieder wird sich am Nachmittag eine Tagung im Ingenieurhaus, Sommerstr. 4a, anschließen, in der als Hauptthema: „Das zukünftige, praktische Städtebaugesetz“ diskutiert werden soll.

Zur Erhaltung des Goethe- und Schiller-Nachlass in Weimar, eines der wertvollsten Archive der Welt, haben sich das Land Thüringen, das frühere Großherzogtum und von Sachsen-Weimar und die Goethe-Gesellschaft zu einer Verwaltungsgemeinschaft zusammengeschlossen. Nach jahrelangem Stillstand werden die Arbeiten im Archiv demnächst wieder aufgenommen werden.

Neue Einschränkung der Pressefreiheit.

Die Reichsregierung hat es für richtig gehalten, eine neue Presseverordnung herauszugeben. Sie hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird verordnet:

Artikel 1.

Hinter dem Absatz 1 des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 152) werden folgende neuen Absätze 2 bis 4 eingefügt:

„Periodische Druckschriften können auch dann verboten werden, wenn durch ihren Inhalt zum Ungehörig gegen Befehle oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen oder zu Gewalttätigkeiten gegen politisch oder wirtschaftlich anders Denkende aufgefordert oder angereizt wird.“

Das Verbot einer periodischen Druckschrift umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt, und die im gleichen Verlag wie die verbotene Druckschrift erscheinenden Kopfbätter. Die Zustellung eines Ersahblattes an die Bezahler der verbotenen Druckschrift ist verboten.

Druckschriften, die auf Grund dieser Verordnung verboten werden können oder die den Beziehern einer verbotenen Druckschrift als Ersahblatt zugestellt werden, unterliegen der Beschlagnahme, die nicht der richterlichen Bestätigung bedarf.“

II.

Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 5 und 6. In dem nunmehrigen Absatz 6 werden zwischen den Worten „Verbote“ und „Periodische Druckschriften“ die Worte „und Beschlagnahme“ eingefügt.

Artikel 2.

Im § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 werden hinter den Worten „oder der von ihm bestimmten Stellen“ die Worte eingefügt „oder wer den Vorschriften des § 2 Absatz 3 Satz 2 dieser Verordnung“.

Ferlin, den 17. Juni 1924.

Der Reichspräsident
Ebert.

Der Reichskanzler
Marx.

Der Reichsminister des Innern
Dr. Jarres.

Die neue Einschränkung wird von der Regierung offiziell begründet:

„Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 gestattet den Behörden ein Einschreiten lediglich „zur Abwehr von Bestrebungen auf geschwändrige Verrückung der verfassungsmäßigen Staatsform“.

Die Vorgänge der letzten Monate haben gezeigt, daß diese Vorschrift nicht genügt. In einer für die ruhige Fortentwicklung unerträglichen Weise wurde von radikaler Seite in der Presse fast täglich zum Ungehörig gegen die Befehle und zur offenen Auflehnung gegen die Anordnungen der Behörden aufgefordert. Anreizen zu Gewalttätigkeiten gegen politisch oder wirtschaftlich Andersdenkende vergütet immer mehr die politische Atmosphäre. Würde eine Zeitung verboten, so erfolgte Zustellung der im gleichen Verlag erscheinenden Kopfbätter an die bisherigen Abonnenten, oder aber es wurde diesen eine andere Zeitung gleicher Tendenz zugestellt und so die Wirkung des Verbotes illusorisch gemacht.

Um diese Lücken, die sich in der Praxis ergeben haben, auszufüllen, hat nach Anhörung aller Landesregierungen auf Vorstoß der Reichsregierung der Reichspräsident die Verordnung vom 28. Februar 1924 dahin ergänzt, daß in Zukunft ein Einschreiten gegen eine periodische Druckschrift auch dann möglich ist, wenn durch ihren Inhalt zum Ungehörig gegen Befehle oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen oder zu Gewalttätigkeiten gegen politisch oder wirtschaftlich Andersdenkende aufgefordert oder angereizt wird.

Ferner ist durch die neue Verordnung bestimmt, daß das Verbot jeder periodischen Druckschrift auch jede angeblich neue Druckschrift umfaßt, die sich sachlich als die alte darstellt, ebenso die im gleichen Verlag wie die verbotene Druckschrift erscheinenden Kopfbätter. Verboden und unter Strafe gestellt ist ferner auch die Zustellung eines Ersahblattes an die Bezahler der verbotenen Druckschrift.“

Es ist bedauerlich, daß die Reichsregierung es für nötig befunden hat, diesen Weg der weiteren Einschränkung der Pressefreiheit zu gehen. Die Entwicklung des letzten Monats hat deutlich gezeigt, daß die Gewaltpostel immer weniger Aussicht auf Erreichung ihrer Ziele haben. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor, Beschränkungen der Pressefreiheit zum Dauerzustand werden zu lassen oder sie auch nur einen Tag länger beizubehalten, als unvermeidlich ist. Man hätte deshalb eher eine Erleichterung als eine Verschärfung der geltenden Bestimmungen erwarten sollen. Im übrigen sollte die Regierung lieber dafür sorgen, daß Politiker, gegen die in einer bestimmten Presse offensündige Mordhefte betrieben wird, wirklich den Schutz des Staates finden, wenn sie ihn gerichtlich anrufen. Da scheinen allerdings die Herren Staatsanwälte nur gar zu gern zu versagen. Eine demokratische und gerechte Verwaltungs- und Justizpraxis würde ein besserer Schutz sein, als noch so schlaue ausgeklügelte Ausnahmeparagraphen.

Abbau des Abbaus!

Die Verhandlungen über die Abänderung der Personalabbauverordnung im Reichsfinanzministerium sind auf den 28. Juni vertagt worden. Das Reichsfinanzministerium lehnt die Außerkräftsetzung der Verordnung ab, weil der Abbau in der Finanzverwaltung in den Landesverwaltungen und Kommunen noch nicht genügend durchgeführt sei. Es will nur einzelne Bestimmungen aufheben und an den übrigen Paragraphen einige Verbesserungen vornehmen.

Reise in Thüringen.

Weimar, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Thüringer Landtag wurde am Freitag die Besprechung des Etats zu Ende geführt. Dr. Dinter, der Redner der Nationalsozialistischen Freiheitspartei — so bezeichnen die Wälfischen jetzt im Thüringer Landtag — hielt eine heftige überstürzte Art gegen die Juden. Er erklärte, daß seine Fraktion dem Etat nicht zustimmen würde, wenn die darin aufgenommenen Mittel für jüdische Kultuseinrichtungen nicht sofort gestrichen würden. Er könne nicht anerkennen, daß die Juden im Staate Beamtenstellen besetzen könnten und müßte verlangen, daß auch der Staatsbankpräsident Loeb entfernt würde. Jeder Jude, auch wenn er noch so anständig und ehrlich sei, bilde eine Gefahr für den Staat. Als Abg. Dinter fortfuhr, die jüdischen Volksgenossen weiter zu beschimpfen, verließ die sozialdemokratische Fraktion unter Protest für die Dauer der Rede des Abg. Dinter den Sitzungssaal. Bemerkenswerte Ausführungen machte weiterhin der deutschnationalen Redner. Zur Anschließfrage äußerte er sich etwa folgendermaßen: Die Deutschnationalen stehen dem Anschluß Thüringens an Preußen nicht grundsätzlich entgegen; der Anschluß Thüringens ist aber nur denkbar, wenn Thüringen unter der Hinzunahme der nachbarlichen Wirtschaftsgebiete zu einer Provinz unter Wahrung seiner Eigenheiten gebildet wird. Mittel zum Schutze der Republik könnten die Deutschnationalen nicht bewilligen. In einer Ermüdung erklärte der Finanzminister, daß er jeden Angriff auf die Staatsbank und seinen Leiter mit Bedauern und unter allen Umständen zurückweisen müsse. Seine

Stellungnahme am Donnerstag zum Sachverständigenrat. achte n müsse er dahin präzisieren, daß er mit seinen Ausführungen weder für die Ablehnung noch für die Annahme gesprochen haben wolle. Damit ruft er im Hause eine große Erregung hervor. Die Wälfischen, die sich ihres Einflusses auf die Regierung so sicher waren, wurden stuhig. Und als nun die sozialdemokratische Fraktion darauf dränge, eine klare Stellung des Finanzministers zu erhalten, wurde dieser äußerst erregt, schlug mit der Faust auf das Pult und schrie: „Damit Sie es nun endlich wissen: Ich bin nicht für die Ablehnung des Gutachtens!“

Wofür man nicht eintreten darf.

Weimar, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der thüringische Innenminister verbot eine im Anschluß an eine Sonnenwendfeier geplante Kundgebung der Arbeiterjugend Groß-Thüringens, die in Klosterlausnitz für Frieden und Republik demonstrieren wollte.

Völkischer Schmutz.

Die von uns vor wenigen Tagen aus Halle berichteten Vorgänge im „Wermolt“ nehmen immer bössere Formen an. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Geschäftsführer des Wermolt, der sich Oberleutnant zur See Jabel nannte, nie Offizier gewesen ist. Das war der Leitung des Wermolt bekannt. Die von Jabel hinterlassene Schuldenlast beziffert sich inzwischen bereits auf über 60000 Goldmark. Die Gesamtsumme läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, da Jabel einen schwunghaften Handel mit Windjacke-Uniformen und Ausstattungen betrieb, die er als „Wermolt-Geschäftsführer“ sich wagenweise anrollen ließ, aber zu eigenem Nutzen weiterverkauft. In der Mitgliedschaft des Wermolt herrscht vorläufig eisiges Schweigen, zumal anzunehmen ist, daß die Betrügereien des Jabel nicht ohne Hilfe haben vorgenommen werden können. Es sollen daher prominente Mitglieder des Wälfischen zur Verantwortung herangezogen werden. Unter den Geschädigten befinden sich arme Handwerker, die nicht einmal ihre kleinsten Summen von dem in der wälfischen Bewegung bekannten und beliebten „Führer“ Jabel haben erhalten können.

Siedlungsfragen für Kriegsblinde.

Das Siedlungswesen hat schon während des Krieges und erst recht in der Zeit der Wohnungsnot nach dem Kriege im Volke mehr und mehr Ansehen gefunden. Oft genug ist den Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten in Wort und Schrift ein eigenes Heim, ein kleines Häuschen mit Garten als Belohnung für ihre dem Vaterlande geleisteten Dienste versprochen worden. Betrachtet man sich heute das Ergebnis solcher Versprechungen, so kann man recht traurig und zugleich beschämende Feststellungen machen. Fast allgemein sind die Anträge der Kriegsbeschädigten, die siedeln wollten, abgelehnt worden. Es muß versucht werden, wenigstens den Kriegsblinden Siedlungsheime zu verschaffen. Für sie hat das Siedlungswesen einen besonders hohen und idealen Wert. Wer von den gesunden Mitbürgern sich einigermaßen in den Zustand des Blindseins hineinzuversetzen vermag, der möge sich einmal vorstellen, welche Nervenkraft es kostet, in ewige Nacht gehüllt, seinen Weg zu wandeln und trotz alledem einem Berufe nachgehen zu müssen. Bei der Ausübung des Berufes aber, wie überhaupt bei allen Handlungen und insbesondere beim Gehen durch die Straßen der Großstädte sind die Nerven eines Kriegsblinden in hohem Maße in Anspruch genommen. Die Betroffenen sind ja erst in Spätkalter und zumeist durch eine „Kopfverletzung“ ihres Augensichtes verlustig gegangen. Es nimmt daher auch nicht weiter Wunder, wenn diese Volksgenossen nach des Tages Post und Röhren, heraus aus dem Trubel und Lärm der Großstädte, nach Ruhe, Erholung und Frieden verlangen. Siedlungsheime an der Peripherie der Großstädte sind für sie die geeignetsten, weil sie mit ihrer beruflichen Tätigkeit auf die Großstädte angewiesen sind. Da es sich hier allgemein um einen mittellosen Personenkreis handelt, so ist es bedauerlich, daß das Reich in dieser Frage etwas Wirksames noch nicht unternommen hat. Das geringe Verständnis, das auch den Kriegsblinden von entlichen und nichtentlichen Siedlungsgemeinschaften entgegengebracht wird, ist durchaus nicht angetan, den Kriegsopfern das seelische Gleichgewicht zu erhalten.

Die Bezirksleiterkonferenz des Bundes erblindeter Krieger Deutschlands hat u. a. die Forderung des Ausbaus des Siedlungswesens für Kriegsblinde erhoben und den maßgebenden Stellen des Reiches unterbreitet. Die Eingabe hat bisher nichts gefruchtet. Aufgabe sozialdenkender Kreise der Öffentlichkeit, insbesondere der Volksvertretung, ist es, hier unzerzählich wirksame Schritte zu unternehmen.

Die Unterstützungsmöglichkeit für blinde Siedler liegt heute auf Grund der 3. Steuernotverordnung etwas günstiger. Es müssen jedoch besondere Maßnahmen von den gesetzgebenden Kreisen getroffen werden, daß die Kriegsblinden „in erster Linie“ nach den Bestimmungen über die Gewährung der Mietzins-Hypotheken der 3. Steuernotverordnung berücksichtigt werden.

Die Diplomaten bei Doumergue.

Paris, 20. Juni. (E.P.) Präsident Doumergue empfing heute das diplomatische Korps. Der Doyen, Amintus Ceretti, hielt dabei im Namen seiner Kollegen eine Ansprache, worin er den Wunsch ausdrückte, daß während der Amtszeit Doumergues Frieden und Wohlstand in Frankreich herrschen werde. Doumergue erklärte in seiner Antwort, daß keine Nation mehr als Frankreich die Schaffung eines dauernden Friedens wünsche. Darauf wurden dem Präsidenten der Reihe nach sämtliche Mitglieder des diplomatischen Korps vorgestellt. Diese stellten ihm sodann ihre ersten Beamten vor.

Es entbehrt nicht eines komischen Beigeschmacks, daß gerade dem Amintus die Aufgabe zufiel, den neuen Präsidenten der Republik zu beglückwünschen, da infolge des neuen Kurfes in Frankreich die Botschaft beim Vatikan aufgehoben werden soll und infolgedessen auch der Pops seinen Amintus zurückberufen müßte.

Goeth bei Herriot.

Paris, 20. Juni. (E.P.) Der deutsche Votschafter in Paris, Herr von Hoersch, wurde von Herriot heute in längerer Audienz empfangen.

Antifranzösisches Attentat in China.

Hongkong, 20. Juni. (W.B.) Während eines Banketts, das die französische Kolonie zu Ehren des hier zu Besuch weilenden französischen Generalgouverneurs von Indochina, Merlin, veranstaltete, warf ein unbekannter Chinese eine Bombe in den Bankettsaal. Merlin blieb unverletzt, dagegen wurden der Direktor eines New Yorker Seiden-Importhauses, Demaree, seine Gattin und ein Beamter der Indochinesischen Bank getötet. Zwei weitere Teilnehmer wurden tödlich verwundet und fünf schwer verletzt, darunter der interimistische französische Konsul in Canton, der einen Arm verlor. Dem Täter gelang es zu entfliehen.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Danzig zwischen den Sozialdemokraten und den Mittelparteien sind gestern abend abgebrochen worden, da eine Einigung über die sozialistischen Programmpunkte nicht erzielt werden konnte. Es sollen sofort Verhandlungen mit den Deutschnationalen aufgenommen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Der VBMJ.

Zum Konflikt bei der Firma H. Aron.

Wir berichteten vor einiger Zeit von dem Streik und der Ausperrung bei der Firma H. Aron. Inzwischen hat nach wiederholten Verhandlungen zwischen den Parteien auch der Schlichtungsausschuss hierzu Stellung genommen und folgenden Spruch gefällt: Werkzeugmacher und Versuchsmechaniker erhalten in der Spitze 85 Pf., die übrige Arbeiterschaft bekommt 5 Proz. Zulage. Diese 5 Proz. machen auf den Stundenlohn bezogen 1/2 bis 3 Pf. aus, für die gesamte Belegschaft bedeutet diese Zulage eine Mehrbelastung der Firma um 400 M. pro Woche oder, da die Belegschaft etwa 420 Köpfe stark ist, noch keine Mark pro Kopf und Woche. Dieser Spruch ist nun nicht etwa im Schoße des Schlichtungsausschusses zustande gekommen, sondern in seinem materiellen Teil Ergebnis eines Uebereinkommens zwischen Direktion und Arbeitervertretung. Man dürfte also annehmen, daß sich die Direktion hinsichtlich der finanziellen Belastung dadurch durchaus im reinen war und die Uebereinkunft mit der Arbeitervertretung in voller Uebereinkunft getroffen hat. Allein, der Herr Direktor denkt und der VBMJ. lenkt. Der VBMJ. verweigert, daß dieser Spruch nicht erfüllt werden darf. In einer nochmaligen Unterredung wurde dann auch ausdrücklich zugegeben, daß es sich nicht darum handle, ob die Firma diese Belastung tragen könne oder nicht, der Spruch müsse abgelehnt werden wegen der Konsequenzen, die sich für andere Betriebe hieraus ergeben. Bei dieser Gelegenheit trat die Geringschätzung des staatlichen Schlichtungsausschusses durch den VBMJ. so drastisch wie möglich in Erscheinung. Dafür bemüht sich die Firma, eine andere staatliche Einrichtung, nämlich die Schutzpolizei in ihren Dienst zu spannen. Jetzt erst wird deutlich, wie sich der Herr von Borstig einen internen Schlichtungsausschuss zwischen den beiden Wirtschaftskontakten denkt, und danach wird wohl keine Arbeiterorganisation mehr gewillt sein, ihren Namen für ein solches Gebilde herzugeben. Was aber gebührt der Schlichtungsausschuss, was gebührt die Staatsorgane zu tun? Wollen sie sich weiter verhöhnen lassen, wenn sie bemüht sind, auch dem Arbeiter die Existenz zu schützen und wollen sie sich trotz ihrer Verhöhnung durch den VBMJ. mit ihren Rechtsmitteln schäufend vor die Firma stellen, um die Streikenden zu verhindern, etwaige Arbeitswillige aufzufüllen?

Der Firma wurde die weitestgehende Unterstützung durch den VBMJ. in dem ihr ausgehenden Kampf gegen menschenunwürdige Entlohnung der Arbeiterschaft zugesichert; erst. soll eine Ausperrung der Berliner Metallarbeiter diese Hilfe verschärfen helfen. Die Arbeiterschaft weiß also, was ihr in den nächsten Tagen erst bevorsteht, wenn die Belegschaft der Firma H. Aron nicht bedingungslos zu Kreuze kriecht und sich hiergegen wappens müssen; zugleich weiß sie aber auch, was von dem Gerichte der VBMJ. Leute, die die deutsche Wirtschaft fördern zu wollen zu halten ist.

Inzwischen aber macht die Akkumulation des Kapitals immer weitere Fortschritte, der VAG. und Siemens-Schuckert wird es nicht weit tun, ihre Betriebe einige Zeit stillzulegen. Der deutsche Käufer muß je seinen Bedarf irgendwo decken und er kommt um so sicherer zu ihnen, wenn die anderen Produzenten ausgeschaltet sind. Diese Eliminierung der kleinen und mittleren Betriebe geschieht fast automatisch durch Maßnahmen, wie sie der VBMJ. schon öfter angewandt und auch jetzt wieder angedroht hat. Die Folgen hieraus ersehen sich von selbst und brauchen von der Arbeiterschaft als Ergebnis einer sich allmählich vollziehenden Wirtschaftsumwälzung zu akzeptiert zu werden.

Zunächst aber spricht aus den Maßnahmen des VBMJ. nur trauriger Egoismus verbunden mit rücksichtsloser Herrschaft. Bis jetzt haben diese Methoden auf die streikende und ausgesperrte Arbeiterschaft noch keinen Eindruck gemacht, die Disziplin ist geradezu vorbildlich, Streikbrecher sind etwa 15 zu verzeichnen nach schon dreiwöchigem Kampf, deshalb berechtigt sein Ausgang auch Erwartungen auf einen Erfolg.

„Streifenarbeiter“.

Die „Berliner Börsenzeitung“ vom 18. Juni, Abendausgabe, bringt als Weiter einen Artikel mit der Überschrift: „Streifenarbeiter, Wirtschaftsbetrachtungen von Paul Firkle. Dieser Menschenfreund findet das Eingreifen des Reichskabinetts zugunsten der Eisenbahner für außerordentlich bedauerlich. Besonders unangenehm ist es ihm, daß die Streifenarbeiter eine Verbesserung ihrer Arbeitszeit erfahren haben, da er diese Arbeit besonders ins Herz gefaßt hat.

„Was die Ermäßigung der Arbeitszeit bei den Streifenarbeitern angeht, so muß dieses Vorhaben das allergrößte Befremden hervorrufen. Der Streifenarbeiter arbeitet nicht etwa das ganze Jahr 10 Stunden täglich, sondern mit Rücksicht auf die vom Tageslicht abhängige Beschäftigung in einem Teil des Jahres 10 Stunden, in anderer Zeit 9 Stunden und in der Jahreszeit der kurzen Tage 8 Stunden, im Durchschnitt also 9 Stunden. — Wer nun die Leistung der Streifenarbeiter kennt und nicht wie die Gewerkschaftsfunktionäre und die verschiedenen politischen Parteien Programm-Politik betreibt, muß dieses Vorgehen unverständlich finden. Die Streifenarbeiter sind nach den Berechnungen der Eisenbahn diejenige Klasse, bei der man die geringste Leistung und die geringste körperliche Anstrengung feststellen kann. Wenn man eine derartige Kolonne beobachtet, so wird man feststellen, daß, wenn nicht die ganze Kolonne sei, so doch mindestens die Hälfte der Arbeiter die anderen beaufsichtigt, so daß von einer intensiven und regelmäßigen Arbeitsleistung keinesfalls die Rede sein kann. Die Bahnmehreien, die meist Strecken von mehr als 20 bis über 30 Kilometer zu beaufsichtigen haben, sind selbstverständlich nicht in der Lage, die Kolonne gründlich zu beaufsichtigen.“

Paul Firkle kennt die Arbeit der Streifenarbeiter höchstens vom Zusehen, vielleicht gar nur aus dem Rupefenster seines Eisenbahnzuges. Das wäre noch eine Entschuldigung für ihn, wenn auch keine für die „Berliner Börsenzeitung“. Will Herr Firkle ein ernst zu nehmendes Urteil über die Arbeit der Streifenarbeiter abgeben, dann muß er diese Arbeit auch kennen; nicht vom Zusehen, sondern aus der Praxis. Entweder er tritt in eine Kolonne ein und verrichtet einmal nur eine Woche lang die so wenig körperlich anstrengende Arbeit, die ihn noch weniger geistig anstrengt, und schreibt dann darüber, falls es noch in seine Richtung passen sollte, oder aber er zieht es vor, sich dieser geringen körperlichen Anstrengung nicht auszuweichen; dann darf er aber nicht so dummes Zeug darüber schreiben, wenn dies auch noch weniger anstrengend ist.

Ein Streifenarbeiter schreibt uns hierzu: „Das Bestein, auf dem die Geleise gebettet sind, ist Granit. Die Stopfbuche zu dessen Bearbeitung ist natürlich ziemlich schwer gearbeitet. Durch das Schlagen derselben in die Granitsteine gerät der Stiel der Hande in eine ziemlich starke Federung. Dadurch werden die Finger- und Handgelenke schon nach kurzer Arbeitsdauer

ziemlich hart mitgenommen. Durch das dauernde Auf- und Abbewegen des Oberkörpers stellt sich ein nicht gerade gelinder Rückenschmerz ein. Wären die Streckenarbeiter gezwungen, in einem fort, wie jeder andere Arbeiter oder Handwerker arbeiten zu müssen, dann wären sie wohl schon nach wenigen Jahren reif, die Invalidenrente in Empfang zu nehmen. Außerdem sind sie den Witterungseinflüssen ausgesetzt wie kaum ein anderer Arbeiter.“

In den letzten Jahren, in und nach dem Kriege, sind sehr viele Gleisumbauten vorgenommen worden; da möchte ich mal den Herren, die derselben Reinigung sind wie Herr F., raten, einige Zeit

Alle freigewerkschaftlich organisierten Eltern, Arbeiter, Angestellten, Beamten wählen die Liste: „Schulaufbau!“

Wahlrecht muß Wahlpflicht sein!

mitzuarbeiten. Es sind durchweg Arbeiten, die an den Körper die höchsten Anforderungen stellen. Und trotzdem werden auch diese Leistungen nicht besonders vergütet, auch bleibt hierbei die Arbeitszeit dieselbe.“

Weiter schreibt Herr Firkle: „Eine neunstündige Arbeitszeit für den Streckenarbeiter bedeutet nach meiner Auffassung noch nicht die Hälfte der Leistung bzw. Anstrengung, die dem unter Tage arbeitenden Hauer (Bergmann) zugemutet werden muß und zugemutet werden kann und es ist vollständig verfehlt, diesen Arbeitern in letzter Zeit die Arbeitszeit herabzusetzen.“

Gewiß, die Arbeit eines Hauers in der Grube vollzieht sich unter noch schwereren Umständen. Sie wird dafür auch etwas besser bezahlt als die der Streckenarbeiter. Das Mandat des Auspielens der einen gegen die andere Arbeiterschaft ist jedoch so durchsichtig, daß es keinen Beweis bildet für die falsche und unwahrscheinliche Behauptung, die Streckenarbeit erfordere die geringste körperliche Anstrengung. Zumal Wirtschaftler von der Sorte dieses Herrn Firkle weder dem Bergarbeiter noch dem Eisenbahnarbeiter Existenzbedingungen gönnen, die sie für sich selber beanspruchen.

Das Streikrecht der Beamten bedroht.

Vorstoß des Ministers Dejer.

Die bürgerliche Presse meldet, daß der Reichsverkehrsminister die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -angestellter aufgefordert habe, den Paragraphen 2 ihrer Satzungen über Streiks endgültig zu streichen. Die Erklärungsrufe läuft Anfang nächster Woche ab. In der Tat ist der Reichsgewerkschaft folgendes Schreiben vom 20. Juni zugegangen:

„Auf mein Schreiben vom 4. Januar 1924 betreffend Streikrecht der Beamten habe ich eine Antwort bis heute nicht erhalten. Die Verhandlungen mit den Spitzengewerkschaften haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Ich sehe mich daher genötigt, Ihnen zur Erledigung der Angelegenheit eine letzte Frist bis zum 15. Juli d. J. zu stellen. Sollte bis dahin eine dem Standpunkt der Reichsregierung entsprechende Änderung des Paragraphen 2 Ihrer Satzungen nicht herbeigeführt oder mir sonst eine befriedigende verbindliche Erklärung, die sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung im Einklang befindet, nicht zugegangen sein, so werde ich die in meinem Schreiben vom 4. Januar in Aussicht gestellten Folgerungen ziehen.“

Wie kommt es, daß die bürgerliche Presse bereits einen Tag vor Eingang des Schreibens von der Absicht des Herrn Dejer unterrichtet sein konnte? Wie wir erfahren, werden die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten sofort in den Verhandlungsweg beschreiten. Beidem erregt es in diesen Kreisen, daß die im Februar vom ADB., USt-Bund und UDB. mit dem Reichsverkehrsminister geführten Verhandlungen nicht befriedigt haben soll. Nach den in diesen Verhandlungen abgegebenen Erklärungen war das Gegenteil zu erwarten.

Angestellte der Berliner Straßenbahn.

Der AdA. teilt uns mit: Wir bemühen uns seit einiger Zeit, für die Angestellten der Berliner Straßenbahn G. m. b. H. einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Gesellschaft lehnt den Abschluß eines Kollektiv-Arbeitsvertrages entschieden ab, mit der Begründung, daß die Notwendigkeit eines Tarifvertrages für ihren Betrieb nicht gegeben wäre. Der Vertreter der Straßenbahn, Herr Banke, betonte dabei, die Straßenbahn würde auch dem zwangswiseigen Abschluß eines Tarifvertrages (Schlichtungsausschuss, Schlichter) sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenstellen. Man würde auch für den Fall eines solchen Abschlusses den Tarifvertrag unbedingt nur für diejenigen erfüllen, die sich als Mitglieder der vertragschließenden Organisationen ausweisen. Hiernit ist natürlich klar angedeutet, daß man sich nicht genieren wird, mit allen Schikanen gegen die organisierten Angestellten vorzugehen.

So sieht der Respekt unserer Berliner Straßenbahn-Gesellschaft vor den bestehenden arbeitsrechtlichen Gesetzesbestimmungen aus. Sämtliche Angestelltenorganisationen berufen nun zum kommenden Mittwoch eine Betriebsversammlung der Straßenbahnangestellten ein.

Die Angestelltenorganisationen verlangen den Abschluß eines Tarifvertrages, wie ihn die übrigen, früher städtischen, Werke abgeschlossen haben. Dieser Tarifvertrag bringt in bezug auf die logische Sicherstellung der Angestellten eine Reihe von Vergünstigungen, die die Angestellten der Berliner Straßenbahn bislang nicht für sich in Anspruch nehmen konnten. Der Besetzung ist zugrundegelegt der Vergütungsstarif der Reichs- und Staatsangestellten (Beamtenbesoldung, Gruppen 4 bis 8).

Da der Abschluß des von den Organisationen vorgeschlagenen Tarifvertrages eine bedeutende Besserstellung der Straßenbahnangestellten gegen ihre jetzigen Verhältnisse bedeuten würde, ist zu erwarten, daß die Betriebsversammlung einhellig den sofortigen Abschluß des Tarifvertrages auf Grundlage der Forderungen der Organisationen verlangen wird.

Für diesen Fall wird sich der Schlichtungsausschuss noch in diesem Monat erneut mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. Vielleicht befehrt er die Leitung der Straßenbahn-Gesellschaft dahin, daß besonders die Unternehmungen, die im Dienste der Volksgesamtheit stehen, verpflichtet sind, die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeitnehmer zu beachten.

Sache der Angestellten wird es jetzt sein, der Forderung der Gewerkschaften den nötigen Nachdruck zu geben.

Keine Revision der niedrigen Beamtengehälter.

Die „Eca“ berichtet: „Entgegen den in den letzten Tagen immer wieder auftretenden Gerüchten und Meldungen, das Reichskabinett werde sich mit der Revision der Gehälter der unteren Beamten-Gruppen 1-5 beschäftigen, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß eine derartige Absicht nicht besteht. Die Meldungen und die aus ihnen gezogenen Schlussfolgerungen entbehren jeder Grundlage.“

Dreischichtwechsel für die Hüttenarbeiter!

Eingabe der Metallarbeiterverbände.

Essen, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die drei Metallarbeiterverbände haben eine gemeinsame Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in der es heißt: Vom Schlichter für den Bezirk Westfalen wird Ihnen bereits Mitteilung zugegangen sein, daß die drei Metallarbeiterverbände den Schiedsspruch über Lohn und Arbeitszeit vom 13. Juni abgelehnt haben. Die unterzeichneten Organisationen gestatten sich, die Gründe für die Ablehnung mitzuteilen mit der Bitte, die vorhandenen Gegensätze möglichst zu beseitigen. Am 18. Januar 1924 wurde zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe und den Gewerkschaften ein Lohnabkommen getroffen, welches am 1. Mai 1924 abließ. Die Gewerkschaften stellten im April Lohnforderungen, um das Einkommen der Arbeiter mit den notwendigen Ausgaben in Einklang zu bringen. Am 2. Mai fand die erste Verhandlung statt, die jedoch ergebnislos verlief, weil inzwischen die Stilllegung des Bergbaues erfolgte. Am 13. Mai wurde ein neuer Schiedsspruch gefällt. Am 31. Mai erklärten sich die Arbeitgeber zu Lohnverhandlungen bereit, doch nur unter der Voraussetzung, daß auch gleichzeitig die Arbeitszeitfrage „gelöst“ würde, obwohl dieselbe laut Abmachung vom 12. und 13. Dezember 1923 bis zum 30. Juni 1924 geregelt ist. Die Gewerkschaften verlangen deshalb vorherige Regelung der Lohnfrage. Die Arbeiter der Schwermetallindustrie haben unter den geringen Löhnen außerordentlich gelitten. Der Schiedsspruch befriedigt weder im Einführungstermin noch in der Lohnfrage. Ein wesentlicher Grund zur Ablehnung ist auch der Abzug vom Lohnabkommen vom 18. Januar 1924, wonach die Uebernahme der Vereinbarung der Orts- bzw. Bergbau-Arbeitsgemeinschaft unterliegt. Die Arbeitgeber beachten diese Bestimmung nicht, indem sie die Gewerkschaften ausschalten. Dieser Abzug ist unverändert geblieben. Das Arbeitsabkommen vom 13. und 14. Dezember 1923 sieht in Absatz III für alle Arbeiter, die unter den Einwirkungen von Hitze, Staubentwicklung, giftigen Gasen usw. ihrer Tätigkeit ausüben, Erleichterung durch Bestimmung von Abständen vor. Die Arbeitgeber haben diese Bestimmung vollständig außer acht gelassen. Weil dem so ist und eine andere Regelung kaum möglich erscheint, verlangen die Gewerkschaften die Einführung der dreifachen Schicht. Wenn die Einführung derselben in der gesamten Hüttenindustrie zurzeit infolge der Ricam-Verträge und anderer finanzieller Schwierigkeiten unmöglich ist, so muß wenigstens den Arbeitern in den durchgehenden Betrieben (Hochöfen, Kokereien, Gaszentralen) die dreifache Schicht wieder zugestanden werden. Wir sind in der Lage, den Nachweis zu erbringen, daß die geringe Belastung von der Industrie getragen werden kann. Von einer nochmaligen Verhandlung vor dem zuständigen Schlichter versprechen wir uns keine Entspannung der Verhältnisse. Im Interesse der Allgemeinheit und des Vaterlandes erlauben wir, weitere Schritte zur Schlichtung der Differenzen zu unternehmen.

Der Reichsarbeitsminister hat die an dem Metallkonflikt beteiligten Parteien inzwischen für den kommenden Montag nach Hamm eingeladen.

Lohnabkommen im Böttchergewerbe.

Der Verband der Böttcher teilt uns mit, daß er mit einer ganzen Reihe von Fassfabriken, Fasshandlungen usw. in Berlin, Potsdam und Werder o. d. Havel gemäß § 5 des TB. für das Böttchergewerbe das zweite Lohnabkommen abgeschlossen hat. Das Abkommen gilt vom 28. Juni bis 28. September und sieht Stundenlöhne vor, die für Fassarbeiter 95 Pf. und für Hilfsarbeiter 85 Pf. betragen. Die Verhandlungen mit der Vereinigung der Groß-Berliner Arbeitgeber im Böttchergewerbe und der Böttcherinnung finden Montag vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin statt. Die letztgenannten Unternehmergruppen haben es bisher abgelehnt, überhaupt mit der Gewerkschaft zu verhandeln, mit der Motivierung, daß ihre Beschäftigten zum überwiegenden Teil besser entlohnt werden. (1) Die Böttcher der Werkstätten dieser beiden Gruppen nehmen am Montagabend um 6 Uhr im Gewerkschaftshaus zum Schiedsspruch Stellung. Das zweite Lohnabkommen ist im Bureau (Gewerkschaftshaus), Zimmer 47 zu haben.

Wernerwerk, Siemensstadt. Alle Kolleginnen, mit Ausnahme der Jugendlichen, die im November und Dezember 1923 bei der Firma Siemens u. Halske A.-G., Wernerwerk, Siemensstadt beschäftigt waren und ihre Entlohnung unter Vorbehalt genommen haben, können sich zwecks Nachzahlung der Differenz des damaligen Tarifs im Lohnbureau melden. Der Arbeiterrat.

Im Bergbau Englands ist nach monatelangen Verhandlungen eine bis 13. Juni 1925 geltende Vereinbarung erzielt worden, die sämtliche Distrikte anerkannt haben.

Deutscher Werkmittel-Verband, Ortsverein Berlin 7. Montag, den 30. Juni, letzte Versammlung im alten Vereinslokal. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Abkündigung, Zimmerer! Am Dienstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, in Saal 6, im Landhaus, Neue Friedrichstr. 35, Saal 6, Eingang Hochstraße, Versammlung sämtlicher Vertreter des Berufs der Holz-, Beton- und Tiefbauingenieure. In Betrieben, in denen aus irgendwelchem Grunde noch keine Betriebsvertretung gewählt ist, muß das sofort nachgeholt werden. Weiter machen wir bekannt, daß die gelbten Betriebskarte nicht mehr gültig ist. Die neuen Karten werden am Dienstag ausgegeben. Mit Rücksicht auf die bekannte Tagesordnung ist es Pflicht aller Betriebsräte, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eckert; Sozialdemokratie: Dr. John Schulmeister; Polizei und Gendarmerie: Fritz Kersch; Angelegenheiten: Th. Giese; sämtlich in Berlin. Verlag: Formaria-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaria-Verlag, Berlin und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3, Hierzu 2 Beilagen.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
Preisabbau!
Herrenanzüge 27.- 29.- 32.- 36.- 40.- 43.- 49.- Mk.
Regenmäntel für Damen u. Herren 25.- 28.- 29.50 Mk.

MAGGI'S Suppen erleichtern der Hausfrau die Kocharbeit
Nur mit Wasser angerührt und kurze Zeit gekocht, geben sie delikate Suppen. Viele Sorten wie: Eiernudeln, Eiersternchen, Erbs, Erbs mit Speck, Ochsenchwanz, Reis, Pilz usw. tragen jedem Geschmack Rechnung.
Man achte auf den Namen **MAGGI** und die gelbrote Packung.



Sonntägliche Wanderziele.

Gransee.

Einer der Nordbahnzüge bringt uns vom Stettiner Fernbahnhof nach Gransee (Sonntagsfahrkarte). Vom Bahnhof bietet sich ein schöner Blick auf die Stadt (siehe Abbildung), der bereits 1262 Stadtrechte verliehen wurden. Ihren Namen führt die Stadt von Grenzsee oder Grenzsee, denn sie lag auf der Grenze zwischen den beiden wendischen Stämmen der Redarier und Obotriten, an dem umfangreichen Gray- oder Gehronsee. Gransee bildet ein anschauliches Beispiel für die Stadlanlagen aus der Kolonialzeit, in der das Land von den Deutschen wiederbesiedelt wurde. Die rechtwinklig sich schneidenden Straßen teilen das Stadtgebiet in gleich große viereckige Blöcke. Der mittlere Block blieb als Markt unbebaut. Der Straßenplan ähnelte dem einer amerikanischen Stadt der neuesten Zeit. Die noch erhaltene Stadtmauer führt rings um die Stadt; sie gibt der Stadt ein Bild völliger Abgeschlossenheit. Gransee war einst die festeste Stadt im Ruppiner Land. Auch die Hanse hatte hier eine Warenverlagerung. Eine Erinnerung an jene Zeit zeigt das Stadtwappen, das eine große Lehnlichkeit mit dem Hamburger besitzt.

Wir kommen durch das Zehdenicker Tor zur Stadt hinein. Zu beiden Seiten des Tores sehen wir die von Efeu umrankte Stadtmauer. Am Markt liegt die zweifürmige Marienkirche; ihre älteste Teile entstammen der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Auf dem von alten Kaskaden beschatteten Klosterplatz stehen die deutschen Liebessteine des ehemaligen Franziskanerklosters, in denen jetzt eine Schule untergebracht ist. Durch das Ruppiner Tor verlassen wir Gransee. Neben dem Tor führt das kleine Waldemartor durch die Mauer. Gransee öffnete seine Tore dem falken Waldemar; zur Strafe dafür mußte das Ruppiner Tor zugemauert und die kleine Pforte daneben angelegt werden. Durch die Dranienburger und die Wartestraße steigen wir zur Warte hinauf. Sie war früher ein Wogau und Wachturm, von dem der Stadtvogt ausging nach Roubrittern und Wegelagerern, die die Stadt bedrohen wollten. Jetzt ist die Warte ein Aussichtsturm, von dem man weit in das Ruppiner Land und die Uckermark sehen kann, liegt sie doch auf dem 105 Meter hohen Warteberg, dem höchsten Berg des Ruppiner Landes.

Wir wandern zurück an den Weg von Gransee und folgen ihm am Südwestberg durch den Wald zur Straße nach Reseburg. Der Weg führt an großen Obstplantagen vorbei, durch die Gransee in einem erfolgreichen Wettbewerb mit Werder getreten ist. Das äußerst hügelige Gelände verrät uns, daß wir uns in einem Endmoränengebiet der Eiszeit befinden. Nachdem wir von der Warte etwa 1/2 Stunde gewandert sind, biegt vom Reseburger Weg ein Fußpfad ab; er führt durch den Wald über den Reseburg. Besonders reichlich ist der Ginster hier zu finden. Der Pfad führt zum Wald hinaus über die Höhe des Berges. Die Bergkuppe besteht aus Sand, der den Behm durchragt, von dem die Berghänge bedeckt sind. Bald haben wir Reseburg erreicht, das am Ostende des langgestreckten Hüwenowes liegt. Wir wandern weiter nach Baumgarten. Auf einer Anhöhe am Kirchsee liegt die kleine Fachwerkkirche des Dorfes. Von Baumgarten führt uns der Weg anfangs in nördlicher und dann in nordöstlicher Richtung durch Wald und über luppiges Uckerland nach Schönemark. Eine kurze Wanderung bringt uns nach Gransee zurück. Weglänge etwa 20 Kilometer.

Das Ruthetal.

Der Fernzug bringt uns vom Anhalter Bahnhof nach Thyrrow. Vom Bahnhof wandern wir gen West und an der nächsten Wegteilung links ab. Der Weg führt nahe dem Rande der Lettowhochfläche hin, die hier halbinselartig in die sumpfige Niederung des Ruthetals vorspringt. Wir bleiben immer in der Nähe des Randes und kommen nach Groß-Beuthen. Das Dorf war ursprünglich eine wendische Siedlung; noch bis in das 18. Jahrhundert hieß es Wendisch-Beuthen. Die erste ausführliche Nachricht über „Buten Slawica“ stammt von 1373. Wir wandern am Rande des Lettow weiter nach Klein-Beuthen. Hier, an einer sehr schmalen Stelle des Tales, lag eine der Ruthenburgen, die in jener Zeit angelegt wurden, als die Rutheniederung die Grenze zwischen den christlichen Deutschen im Westen und den heid-

nischen Wenden im Osten bildete. Auch Trebbin und Thyrrow gehörten zu diesen Burgen. Die auf einer von Wasser und Sumpf umgebene kleine, ungefähr kreisrunde Erhöhung hart am Dorfe gelegene Feste „Buten“ war dann der letzte Stützpunkt der Quitzows. 1414 kam dieses Raubritterneß in den Besitz der Kurfürsten. Die letzte kriegerische Rolle spielten die Ruinen des Schlosses 1813; man errichtete hier eine Schanze, da man ein Vordringen der Franzosen nach Berlin und Potsdam befürchtete. Die Ruine entspringt auf dem Fläming. Nach anfangs südlich und östlich gerichteten Lauf wendet sie sich schließlich gen Nord. Bei Jinna tritt die Ruine in das Olgau-Baruther Urstromtal ein, das sie durchquert. Die Ruineniederung war auch in vorgeschichtlicher Zeit bereits besiedelt, sind doch sogar steinzeitliche Siedlungsspuren hier gefunden worden.

Von Klein-Beuthen wandern wir nach Jütchendorf und weiter nach Nordost am Nordhang des bewaldeten, 62 Meter hohen Jütchendorfer Berges vorüber. Hier wurde früher Wein gebaut, und aus dem Gröbener Kirchenbuch geht hervor, daß in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in dem Dorf ein Weinmeister



Gransee.

war. Nichts liegt der Gröbener See, um dessen Ostende wir nach Gröben kommen. Im siebenjährigen Krieg hatte das Dorf besonders zu leiden. Im Oktober 1760 brandschloßen es die Oesterreicher und etliche der Reichsarmee. Auch die Kirche wurde nicht verschont. Der Kirchenturm ist ausgebrochen und das darin etwa vor vier Jahren her befindliche Klingelbeutelgehäuse geraubt worden. Gott behüt uns vor fernem Einfall und Räuberhaufen, so schließt die Eintragung im Kirchenbuch. Die Kirche ist Weihnachten 1908 abgebrannt und bald darauf neu aufgebaut worden. Südwestlich von Gröben liegt der Kiez, eine ehemalige Fischerinsel auf einer von zwei Ruthenarmen gebildeten Insel. Vom Kiez führt der Weg rechts ab durch die Rutheniederung und über mehrere Arme des Fließes zum Saarmunder Eisbruch. Nach etwa einer Stunde kommen wir an einen Kreuzweg; hier wenden wir uns rechts ab nach Saarmund, an der Soare (richtiger Sare) gelegen, einem Arm der Ruine. Dieser Name ist in der Volksprache jedoch nicht erhalten geblieben. Im 14. Jahrhundert war der Ort eine wichtige Zollstätte an der Handelsstraße von der Nordsee zum Lettow. In westlicher, dann in nordwestlicher Richtung wandern wir teils an den Wäldern der Niederung vorüber, teils durch Wald nach Rehbrücke. Die Wanderung durch das Ruthetal ist besonders schön, wenn der bunte Blumenflor der Wiesen in voller Blüte steht oder wenn das trockene Heu die Sommerluft mit seinem Duft erfüllt. Ein schönes fleisches Heimatland tut sich uns dann auf. Vom Bahnhof Rehbrücke fahren wir mit dem Beelitzer Vorortzug über Wannsee nach Berlin zurück.

Im Schlachtensee ertrunken. Beim Baden an verbotener Stelle ertrank am Donnerstag nachmittag im Schlachtensee der Arbeiter Erich Vogel. Die Leiche wurde am Abend geborgen und in die Leichenhalle in Jeshendorf geschafft.

„Fürchtlos und treu!“

Es stand doch immer in den Schulbüchern, was für lebenswürdige Herren die Hohenzollern allezeit gewesen sind, wenn es sich darum handelte, das Herz der viel geplagten Untertanen zu erfreuen. Jumeilen reichte einer mal einem armen Manne einen Taler und wenn gar in die Hände einer armen Frau ein Goldstück glitt, so konnte das Entzücken über den „guten gnädigen Herrn“ und die „liebrendende mildtätige Frau“ keine Grenzen. Das waren Etappen der Hohenzollerngeschichte, wert, durch die Schulbücher in die Hirne aller Kinder genagelt zu werden. Schade nur, daß man eine Episode vergessen hatte, die sich in der Reformationszeit unter der Regierung des Kurfürsten Joachim I. ereignete und die ein helles Licht auf die wahrhafte Menschenfreundlichkeit dieses Herrn wirft. Man findet sie in den von der Diesterweg-Stiftung herausgegebenen Heimatsbüchern, in dem Bändchen „Vor dem Halleschen Tor“.

Als der Kurfürst Joachim I. glaubte, wie die meisten seiner Zeitgenossen, daß die Astronomen die Geschichte der Menschen und die Zukunft in den Sternen lesen könnten. So hatte auch der Hofastronom Joachims, der Magister Johann Carion, 1522 eine „Prognosticatio“ (Prophezeiung) und Erklärung der großen „Weserung“ drucken lassen, „Ganz erbermlich zu lesen in ruh und warnung aller Christgläubigen Menschen“. In dieser Schrift war für das Jahr 1524 eine „Weserung“ (Uberschwemmung) geweissagt worden, wie sie seit mehr als 9 Jahrhunderten nicht dagewesen sei. Sie trat nicht ein. Dieser Irrtum untergrub aber nicht den Glauben des Kurfürsten an die weiteren Prophezeiungen seines Astronomen; wenigstens berichtet Peter Heffiz, der in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts als Rektor und Chronist in Berlin lebte, in seinem von F. Holze herausgegebenen „Mikrochronikon“ folgendermaßen: „Den 15. Junit, als R. Joachim I. Churfürst zu Brandenburg durch einen Astronomen heimlich verwarnt, daß auf den Tag ein großes Wetter würde kommen und wäre zu besorgen, beide Städte Berlin und Cölln möchten untergehen, ist er mit seiner Gemahlin, der jungen Herrschaft und vornehmsten Offizieren auf den Tempelhoffischen Berg gezogen und (hat) den Untergang der beiden Städte ansehen wollen. Als er aber lange darauf gehalten und nichts daraus geworden, hat ihn sein Gemahl (wie es eine sehr gottesfürchtige und christliche Fürstin gewesen) gebeten, daß er möchte wieder hineingehen und bei seinen armen Untertanen austreten, was Gott tun wollte, weil sie es vielleicht nicht allein verschuldet. Darüber er bewogen ist und um 4 Uhr gegen Abend wieder gegen Cölln gezogen; ehe er aber aufs Schloß kommen, hat sich ein Wetter bewiesen, und wie er unter das Schloß-Tor kommen, hats dem Churfürsten 4 Pferde vor dem Wagen samt dem Knecht erschlagen und sonst keinen Schaden mehr getan.“

Ist es nicht ein wahrhaft menschenfreundlicher Zug dieses Herrn gewesen, auf den Tempelhoffischen Berg zu ziehen, in Erwartung des Unterganges der beiden Städte Berlin und Cölln. Was wäre das wohl für ein Schauspiel geworden. Seiner Gattin blieb es vorbehalten, den edlen Gemahl daran zu erinnern, daß es doch besser und gottgefälliger sei, bei den armen Untertanen auszuharren, „weil sie es vielleicht nicht allein verschuldet“. Wird man dabei nicht an den Herrn von Doorn erinnert, der auch aus sicherer Ferne zuzusehen liebte, wenn es anfang, brenzlich zu werden? Warum mag wohl beides nicht in den Schulbüchern stehen?

Ueber „Kant als Wegbereiter der Friedensidee“ sprach in einer vom Deutschen pazifistischen Studentenbund und dem Jugendbund Schwarz-Rot-Gold einberufenen Versammlung der als Vorkämpfer moderner Gedanken rühmlichst bekannte Universitätsprofessor Berweg von Bonn. Das in den unzähligen hoch und ganz offiziellen Feiern entworfene Bild des großen Philosophen ergänzte er in gedankenvoller und lebendiger Rede durch die Züge, die dort mehr oder weniger absichtlich in den Hintergrund gerückt, wenn nicht ganz unterdrückt wurden: all die Gedanken nämlich, die sich auf die praktische Politik richteten und deren Grundlage die Friedensidee war. Indem er diese Gedankenreihe in das große System des Kantischen Weltbildes hineinstellte, zeigte der Vortragende, wie Kant — auf ethischem Gebiet stark durch Rousseau beeinflusst —

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rafta.

In seine Mitte lag ein mächtiger Kranz grüner Bäume, Wälder, tief, stark, erfüllt von unbändiger Kraft. Wehendes Laub der Kastanien, Buschen, Eschen und Birken und dann, herb abschließend, schirmende dunkle Pinien. Und dort, wo sie schräg und niedrig am Berge lehnten, die letzten Flocken des gelben Aetnaginsters, der tiefer unten so hoch ist wie Bäume.

Es ist, als ob der Goldglanz der Orangen- und Limonenhaine, des Weines und der Pfirsiche im tief gelegenen Paradies vom geliebten Berge nicht lassen könnte; das Gold steigt hinauf bis zur kalten, schwarzen Region, deren Höhe eine Schneedecke verhüllt. Ueber dem zarten Weiß weht ewig die grauviolette Rauchsäule und logert sich dann dreht am blauen Himmel.

Uroater! Renzo lehnt stundenlang am Bord des Schiffes und schaut ihn an. Er fühlt sich reich und froh, von der Heimat beschenkt.

Es war nicht schwer, in Giardini einen Mann zu finden, der sich bereit erklärte, Renzos ungewöhnliches Gepäck die Bergstraße hinauf nach Taormina zu fahren.

Waren sie doch alle Kameraden seines Vaters. Man scherzte mit ihm und freute sich. Renzo erzählte von seiner Arbeit in Palermo, von seinen Reisen — und daß in all dem Ballast, in dieser Säule da, eine kostbare Statue steckte, die er leider niemand zeigen konnte. Sie sei für seinen Meister in Palermo bestimmt.

Jawohl, jawohl, das begriffen sie. Man bettete sein Gut sorgfältig und ließ dann die Esel traben. Wie war es so wunderbar, diese steilen, hellen Häuser dort oben wiederzusehen, die aus dem Felsgestein wuchsen, sich zwischen die Blöcke stemmten, die immer noch Sonnenlaune genug hatten, über ihre Starchheit hinweg leuchtende Blütenwärrnisse zu hängen.

Ueberall, wo nur einige Handvoll Erde lagen, trieb luppiges Grün. Palmen, Opuntien, Agaven und Rosen, Feigenbäume und Weinranken.

Die Fiegenbäume am Wege kannten Renzo. Es war ein freundliches Rufen hin und her.

Und oben in der engen und langen, ganz versteinerten Straße, die durch Taormina läuft, war alles emsig an der

Arbeit, denn am anderen Tage sollte durch sie die Osterprozession ziehen.

Es war unmöglich, mit dem schwer beladenen Wagen bis zu Adrianis kleinem abgelegenen Hause zu fahren, so legte man die Venus in den Hof eines alten Palazzos, in dem Renzos Vater jeden Tag seine Waren verlor.

Hier war sie so sicher, als hätte Renzo selbst sie stündlich bewacht.

Er schritt eilig durch enge Gassen, über ausgehauene Stufen und Steingeröll, und dann war es wie immer: seine Mutter sah mit keinen beiden Schwestern vor der Tür am Stützrahmen.

Die kleine Tullia beugte sich tief hinab, doch Agnese, die Ältere, sah zu einem großen, starken Burschen auf, der am Türpfosten lehnte.

„Den kenne ich doch — ich muß ihn doch kennen!“ dachte Renzo, leise und vorsichtig schreitend — und da fiel es ihm schon ein: es war Ercole Bigliena, der für seine alte Anverwandte irgendwo in der Ebene eine Orangenpflanzung verwallete.

„Sieh, sieh nur an — der Ercole!“ dachte Renzo, in sich hineinlächelnd — und dann rief er: „Mutter, Mutter!“ und die braune, wohl und stattlich aussehende Frau sprang von ihrem Stuhle auf und lief ihm mit ausgebreiteten Armen entgegen.

Die Mädchen und Ercole kamen hinzu und dann auch aus dem dunklen Grunde des engen, kleinsten Hauses der Vater, dem Sonne und Wetter noch mehr Runen in das hagere Gesicht geschrieben hatten.

Sie alle waren entzückt, Renzo wiederzusehen, sie fragten nicht lange nach dem Woher und Wohin.

Man sah an dem schönen Frühlingsabend vor der Tür, bis alles vom warmen Nachtblau übergoßen war, in das der weite Himmel und die kleinen Menschen ihre Lichter entzündeten.

Immer noch war der Ort von froher Emsigkeit erfüllt, die jubelnde Frühlingsfreude lachte in allen Gassen.

Das erste, was Renzo am anderen Tage wahrte, war ein heftiges, beharrliches Läuten der Kirchenglocken.

Er beeilte sich, zur Hauptstraße zu kommen, zum Domplatz, denn hier begegneten sich seit unendlicher Zeit zwei Prozessionen. Die eine trug den auferstandenen Erlöser, die andere eine von schwarzen Schleieren verhüllte Madonna.

Sie war noch in Schmerzen, wußte nichts vom Ueberwinden allen Sammers, nichts von der glorreichen Auf-

erziehung ihres Sohnes. Man brachte ihn, trug ihn der Mutter entgegen!

Wie oft hatte Renzo es gesehen, jedesmal voll begeisterter Rührung.

Gewiß, er war in der Welt herumgekommen, wie er dachte, war ein Mann geworden; dennoch: Ostern in Taormina, das war Glück und inniges Erleben!

Da kamen sie schon — Renzo drängte in der engen, langen Straße unruhig weiter — man hörte Pfaffen und Geigen und Triangelgeschlagen. Das alles war umbraut von der Begeisterung der Menge.

Die Fenster und die breiten Hauseingänge, Säulen, Dächer, Balkone und Pfosten waren dicht besetzt. Alle auf die eine Hauptstraße mündenden Gassen waren von Menschen erfüllt, zumal die bergansteigenden.

Man jubelte dem auferstandenen Gottesohne zu, warf Blumen und sang.

Von der anderen Seite, zum Domplatz hinab, kam die Prozession der Mutter des Erlösers.

Die Madonna unter den schwarzen Schleieren schwebte über der bunten, von der Sonne hell bestrahlten Menge.

Hier war der Raum breiter, man war nicht so fest von Häuserwällen eingeeengt.

Ein mächtiges blaues Himmelssegel, von dem sich der schimmernde Aetna abhob, stand im Hintergrunde der bewegten, sich lebhaft hin und her schiebenden Menschen.

Renzo wurde vom Fieber der Erwartung erfaßt, ganz so wie früher, als er noch ein Knabe war und als Ministrant, im roten, langen Rock, mit weißem Rockette, viel kleine Glocken schwingend, in der Osterprozession schritt.

Jetzt hatte er den Brunnen auf dem Plage vor der Kathedrale erreicht. Doch er sah nur den die Mittelsäule schmückenden Kentauren; die drei hohen runden Stufen, der Brunnentrand, die Verzierungen, alles wimmelte von Menschen, die sich fest anklammerten. Es war wie ein unruhiger, summender Bienenschwarm.

Und doch winkte ihm eine Hand.

Das war Ercole, der zwischen Agnese und Tullia stand. Bereitwillig sprang er hinab, Renzo seinen Platz anbietend.

Sofort schloß sich der Schwarm; immerhin gelang es Renzo, festen Fuß auf dem Brunnen zu fassen, wenn auch nicht neben den Schwestern.

Die Prozessionen begegneten sich zum ersten Male. (Fortsetzung folgt.)

In konsequenter Durchführung seines Sittengesetzes, das sich an den einzelnen richtet, auch zur Postulierung des Völkervertriedens gelangen mußte. Den Höhepunkt in diesem Gebiete Kantischer Geisteswelt stellt jene Schrift dar, welche nach dem Vorbild des Abbé Saint-Pierre (Projet d'une paix perpétuelle) unter dem Titel „Zum ewigen Frieden“, weit entfernt, bloße phantastische Theorien zu entwickeln, bestimmte praktische Forderungen aufstellt, welche heute ihrer Erfüllung leider nicht viel näher gerückt sind als damals. Mit einbringlicher Schärfe zog Prof. Berwens daraus für die deutsche Politik der Gegenwart die Folgerungen, indem er den Geist Weimars gegen den Widergeist Potsdams zum Kampf aufrief. Erfreut, bei einem deutschen Universitätsprofessor soviel mutige Klarheit und pazifistische Eindeutigkeit zu finden, antwortete die Versammlung mit lebhaftem einmütigen Beifall.

Der neue Elektrizitätstarif.

Der neue Berliner Elektrizitätstarif hat bekanntlich mancherlei Kritik und Widerspruch erfahren. Der Tarif, der im April d. J. eingeführt wurde, beseitigte den bisherigen Einheitsfuß von 42 Pf. für die Kilowattstunde. Statt dessen hat der Abnehmer nunmehr monatlich eine feste, gleichbleibende Grundgebühr zu entrichten, deren Höhe sich nach der Größe seines Elektrizitätsanschlusses richtet. Außerdem hat er für jede von dem Elektrizitätszähler gemessene Kilowattstunde eine Arbeitsgebühr von 18 Pf. zu bezahlen. Die Klagen der Abnehmer richten sich weniger gegen den Preis von 18 Pf. wie gegen die Grundgebühr, die von einigen Seiten als zu hoch oder als ungerecht bezeichnet wurde. In der Tat scheinen bei der Festsetzung der Grundgebühr Härten vorgekommen zu sein. Die Verwaltung der Elektrizitätswerke ist indessen bereit, jeden einzelnen Fall der Beschwerde nachzuprüfen und, soweit als möglich, Abhilfe zu schaffen.

Der neue Tarif ist seit bald 8 Wochen in Kraft. Ueber das Ergebnis des ersten Monats Mai liegen folgende interessante Daten vor, die auf Grund der Zählerablesungen in diesem Monat zusammengestellt sind: Die Zahl der Elektrizitätsmesser betrug am 1. Juni d. J. rund 268 000. Bis Mitte Juni waren rund 12 000 Reklamationen, hauptsächlich wegen der Festsetzung der Grundgebühr, eingelaufen. Die Zahl der Beschwerden beträgt also nur 4,5 Proz. von der Zahl der Elektrizitätsmesser. Die Zählerablesungen erstreckten sich auf eine Gesamtmenge von 9 186 000 Kilowattstunden. Berechnet man den mittleren Preis, der für eine Kilowattstunde bezahlt wurde, d. h. dividiert man die Summe der Grundgebühren plus der Summe der Arbeitsgebühren (18 Pf.) durch die Gesamtzahl der Kilowattstunden, so ergibt sich ein Durchschnittspreis von 35,6 Pf. Kilowattstunde. Der früher in Kraft gewesene Einheitspreis von 42 Pf. ist demnach durchschnittlich um 15,2 Proz. vermindert worden, womit fast mathematisch genau die Absicht erreicht ist, die man bei Einführung des neuen Tarifes verwirklichen wollte, nämlich, eine Herabsetzung des Elektrizitätspreises um 15 Proz.

Die Verminderung der Stromkosten erstreckt sich nicht auf alle Abnehmer gleichmäßig, was sie auch nicht soll. Vielmehr sollen diejenigen Anschlüsse bevorzugt werden — das sind gerade die kleinen und kleinsten —, die ihre Anlagen ausgiebig benutzen. Auch in dieser Beziehung gewährt das Ergebnis des Monats Mai einen interessanten Einblick. Berechnet man nämlich den Durchschnittspreis der Kilowattstunde (Grundgebühr plus Arbeitsgebühr) in den einzelnen Bezirken nach derselben Methode, wie dies oben für die Gesamtzahl der 9 186 000 Kilowattstunden geschehen ist, so ergibt sich folgendes bemerkenswerte Resultat:

Bezirk	Durchschnittspreis pro Kilowattstunde	Bezirk	Durchschnittspreis pro Kilowattstunde
Charlottenburg	41,1 Pf.	Kriekenau	35,1 Pf.
Jehliendorf	38,5	Neukölln	35,1
Siegling	37,5	Kordens	35,0
Grop-Lichterfelde	36,2	Panlow	34,8
Rönnig-Augusta-St.	35,4	Mariannenstraße	33,6
Lichtenberg	35,2	Spandau	33,1

Die Bezirke sind in der vorstehenden Tabelle nach der Höhe des durchschnittlichen Strompreises geordnet. Die Zusammenstellung lehrt, daß der Durchschnittspreis in den reicheren westlichen Bezirken Charlottenburg, Jehliendorf und Siegling am höchsten, in den ärmeren östlichen und nördlichen Bezirken Panlow, Mariannenstraße und Spandau am niedrigsten ist. Wenn auch aus dem Ergebnis des ersten Monats nicht allzu weitgehende Schlüsse gezogen werden sollen, so dürfte doch das oberflächliche Gerüde widerlegt sein, daß der neue Tarif einen unsozialen Charakter habe. Vielmehr ist das direkte Gegenteil zahlreich festgestellt, daß nämlich der neue Tarif durchaus im Sinne der sozialen Gerechtigkeit wirkt. Der Tarif ist deshalb beizubehalten und in der Zukunft unter dem Gesichtspunkte weiter zu entwickeln, daß Härten gemildert werden, die sich in einzelnen Fällen seiner Anwendung nach ergeben.

Dr.-Ing. W. Rajerejil.

Besucht den „Rasi“!

Aus Anlaß des Reichsarbeiterportages werden die Berliner Arbeiterportier am morgigen Sonntag im Stadion Grunewald ihren Klagengeheiß den Leibesübungen auf allen Gebieten vorführen. Turner und Turnerinnen treten in tausenden zu den Rassenfreibungen des Kreisturnfestes an. Mit beidmütigem Fuße werden die Leichtathleten im 200-Meter-Lauf und bei den Staffetten dahinhelfen. Ein Mannschafthochspringen der Männer, Jugend und Frauen, sowie das Mannschaftsperwerfen bringen gute Abwechslung. In den „Futten“ des Stadionschwimmbadens tummeln sich die Schwimmer. Neben den mutvollen Sprüngen vom Hüf- und Zehnermeterdeck am hohen Turm, werden Reigen, Staffetten, Vagenschwimmen und Wasserballspiele gezeigt. Die Schwimmer treten auf im Bewußtsein und im Ringen. Auch die Tu-Visus-Kämpfer treten mit neuen Kampfmethoden an die Öffentlichkeit. Wenn es noch möglich gemacht werden kann, einen Vortrag anzustellen, wird auch diese Kampfsport von den Arbeiterkämpfern vorgeführt werden. Die beiden Organisationen der Arbeiterwartender stellen jede einen großen Sprechchor, der stimmungsgewaltig proletarische Dichtungen zu Gehör bringt. Ausstellungen der Naturkunde, des Verbandes Volksgesundheit, des Arbeiterabteilensbundes und der Arbeiterschachspieler lassen uns einen Einblick in ihre Organisation tun. Ein Fußballspiel zweier ausgezeichneter Mannschaften des Arbeiterturn- und Sportbundes (W.S.M.) läßt alle Anhänger dieses Sportzweiges auf ihre Kosten kommen. Der Arbeiterkämpferbund „Solidarität“, Ortsgruppe Groß-Berlin, entsendet 2000 Radfahrer, die einen Rassenreigen, Massenparaden, ein Schachspiel der Motorradabteilung und die Entwicklung des Fahrrades von der mit den Füßen gestohlenen „Draisine“ bis zum modernen Motorrad zeigen werden. Zu alledem werden die Turnermeister, das Wäferkorps der „Freien Turnerschaft Neukölln-Brig“, die sich aus eigenen Mitteln zu dieser Höhe ihrer Leistungsfähigkeit mühsam aufgeschwungen haben, ihre lustigen Weisen erklingen lassen. Also auf zum Reichsarbeiterportage im Stadion Grunewald. Das Stadion ist von 10 Uhr vormittags geöffnet. Beginn 2 Uhr. Eintrittspreis einheitlich 50 Pfennig, nur Sitzplätze. Kinder frei, wenn in Begleitung Erwachsener. Eintrittskarten bei allen Arbeiterportieren in den Betrieben.

Betrugsmänöver bei der Stadtbahn.

Am 1. April wurde bekanntlich für die Monatskarten auf der Stadt- und Ringbahn der Lichtbildzwang eingeführt. Man hat einen Aluminiumrahmen hergestellt und patentieren lassen, der Lichtbild und Monatskarte aufnimmt und der so sinnreich konstruiert ist, daß Betrügereien nicht vorkommen können. So dachte man früher wenigstens. Jetzt ist aber festgestellt worden, daß durch Manipulationen mit der Kesselspitze der Rahmen geöffnet, das Lichtbild ohne Beschädigung der Fahrkarte entfernt und durch ein anderes Lichtbild ersetzt werden kann. Auf diese Weise ist es möglich, daß eine ganze Familie auf einer Monatskarte die Stadt- und Ring-

bahn benutzt. Man denkt infolgedessen daran, den Lichtbildzwang wieder aufzuheben. Man wird sich aber auch wohl noch aus einem anderen Grund zu dieser Maßnahme entschließen. Man hat die Feststellung gemacht, daß nach Einführung des Lichtbildzwangs die Zahl der Abonnenten der Stadt- und Ringbahn abgenommen hat. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß, durch den Lichtbildzwang abgesehrt, viele Personen keine Monatskarten mehr lösen, weniger häufig aus den verschiedenen Vororten nach Berlin fahren und dann eine einfache Fahrkarte kaufen. Das kann sich natürlich immer nur auf Personen beziehen, die nicht gezwungen sind, täglich in die Stadt, in Bureau und Beruf zu fahren. Aber noch anderen Betrugsmanövern ist man auf die Spur gekommen. Man hat nämlich festgestellt, daß sich Personen eine Monatskarte dritter Klasse und eine einfache Fahrkarte zweiter Klasse kaufen. Diese Karte lassen sie einmal knippen und statten dann mit dem Messer das Datum, das die Zange des Bahnsteigchloßners einprägt, bis

Große Protestkundgebungen

gegen völkische Mordpropaganda und Faschismus am Dienstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr:

im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide; Referent: Reichstagsabg. Philipp Scheidemann-Kassel; für die westlichen Vororte Wilmersdorf, Charlottenburg, Schöneberg und Steglitz in den Spichernsälen, Spichernstr. 3, abends 7¹⁵ Uhr; Referent: ehemal. bayerischer Landtagsabgeordneter Nielich; für die östlichen Vororte in Mörnerns Blumengarten, Ober-Schöneweide; Referent: Adolf Hoffmann.

Arbeiter, erscheint in Massen! Denkt an die ermordeten deutschen Freiheitskämpfer! Denkt an den ermordeten italienischen Genossen Matteotti. Der Bezirksvorstand.

zur Unkenntlichkeit aus. Sie benutzen nun ständig die zweite Wagenklasse, und wenn der Revisor kommt, zeigen sie die Fahrkarte zweiter Klasse vor. An dem unleserlichen Datum vermag der Revisor meistens keinen Anstand zu nehmen, weil er weiß, daß die Zangen der Bahnsteigchloßner häufig genug das Datum verschwommen und verwischt auf die Karte drücken. Verfährt aber ein solcher Betrüger den Bahnsteig, dann zeigt er seine Monatskarte vor, wodurch er stets im Besitz der Fahrkarte zweiter Klasse bleibt.

Es ist jedenfalls unbegreiflich, wie sich Menschen, um ein paar Mark zu sparen, zu diesen Manipulationen verleiten lassen können, die mit Gefängnis geahndet werden und sie für das ganze Leben unendlich und unglücklich machen können.

Das Eisenbahnunglück auf dem Potsdamer Bahnhof.

Schwere Vorwürfe gegen die Verwaltung.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter und der Deutsche Eisenbahnerverband verbreiten den Wortlaut einer öffentlichen Anfrage an den Reichsverkehrsminister, die sich im Zusammenhang mit dem kürzlichen Eisenbahnunglück auf dem Potsdamer Bahnhof mit der Ueberlastung der Betriebsbeamten infolge des Personalabbaues und der verlängerten Dienstdauer beschäftigt. Nach ihren Angaben haben die Organisationen noch an dem gleichen Tage, an dem sich das Unglück ereignete, auf dem Potsdamer Bahnhof eingehende Erhebungen angestellt und dabei folgende Einzelheiten ermittelt, für deren Richtigkeit wir den genannten Verbänden die Verantwortung überlassen:

Danach waren bis zum 1. Januar 1924 auf dem Stellwert, in dessen Bereich sich der Zusammenstoß ereignete, stets ein Fahrdienstleiter, ein Weichensteller und Telegraphist in achtschichtem Dienstwechsel anwesend. Am 12. Januar 1924 wurden die Telegraphisten abgebaut. Dringende Vorstellungen der Fahrdienstleiter, des Beamtenrats und des Dienststellenvorstehers bei dem vorgehenden Amisvorstand, Oberbaurat Duerdall, daß ohne Telegraphisten der Zugverkehr nicht sicher, pünktlich und vorbreitsmäßig durchgeführt werden könnte, änderten an dieser Wohnnahme nichts, wie auch selbst für den starken Ost-, Pfingst- und Sommerverkehrsverkehr trotz dringender Vorstellungen die Stellung von Telegraphisten für das Stellwert vom Amisvorstand abgelehnt wurde. Als zu Zeiten mit besonders dichter Zugfolge der Bahnhofsvorsteher eigenmächtig einen Telegraphisten aus dem Telegraphenbureau nach dem in Frage kommenden Stellwert entsandte, wurde er von dem genannten Oberbaurat scharf zurechtgewiesen und die weitere Entsendung von Telegraphisten nach dem Stellwert von dem Amisvorstand strikt untersagt. Alle weiteren mündlichen und schriftlichen Vorstellungen der Fahrdienstleiter wurden von dem Amisvorstand mit der Maßgabe abgewiesen, er könne eine einmal getroffene Abbaumaßnahme nicht widerrufen, da ihm abgesehen von den Gewerkschaften zu trauer Abbau vorgeworfen würde.

Am Unfalltag war, wie es in der Anfrage weiter heißt, eine wesentliche Minderung der Bahnhofsabfertigung in Kraft getreten, die eine fast vollständige Verschlebung der Ein- und Ausfahrten der Züge brachte. Diese Minderung erforderte vom Fahrdienstleiter neben seinem sonstigen über Gebühr anstrengenden Dienst die vollste Aufmerksamkeit. Trotz ungeheurer Mehrbelastung der Beamten wurden Telegraphisten nicht zugeteilt. Hinzu kam noch, daß am Unfalltag kurz nach sieben Uhr eine Signalförderung am Befehlsstellwert bei Fieber des Ausfahrtsignals eingetreten war. Diese Störung lag schon 8 Tage zurück, war immer vorchriftsmäßig eingetragen und gemeldet, die Fehlerquelle aber nicht erwidert worden. Die Störung trat innerhalb einer Woche viermal ein. Nach dem Unfall wurden dann von dem Bahnhofsvorsteher eigenmächtig dem Stellwert sofort Telegraphisten zugeteilt, ohne daß der Amisvorstand nunmehr Einwendungen dagegen erhob. — Unter Hinweis auf diesen Tatbestand richten dann die Organisationen an den Reichsverkehrsminister eine Reihe von Fragen hinsichtlich der Richtigkeit dieser Feststellungen, insbesondere wird angefragt, ob gegen Oberbaurat Duerdall eingeschritten worden ist.

Uns wird von einem Leser folgendes geschrieben:

Bei dem letzten Eisenbahnunglück auf dem Potsdamer Bahnhof gelang es erst mittels Beil und Säge die Menschen aus ihrer

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 21. Juni.

Tageseinteilung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörse. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 3.30-7 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Max Heidler: „Gedundes und krankes Träumen“ (Das schlafende Kind). 8 Uhr: Vortrag des Herrn Professor Hans Philipp Weitz: „Die Großstadt als Heimat“. 9-10 Uhr: Bläserchester. Dirigent: Kapellmeister Karl Woischach. 1. Schneidende Truppe, Marsch, von Lehnhardt. 2. Ouverture zu „Flotte Bursche“, von Franz v. Suppé. 3. Toreador und Andalousie, von Rubinstein. 4. Kind, du kannst tanzen, Walzer aus „Die geschiedene Frau“, von Leo Fall. 5. War die erste Frau in Pleire, Marschlied aus „Sonnora“, von Hirsch. 10.15-11.30 Uhr: Tanzmusik.

furchtbaren Boge zu befreien. Als ich in diesen Tagen einen Schnellzug benutzte, fiel mir ein in die Wagenwand eingelassenes Schränkchen auf, das die Ausschritt Beil und Säge trug. Im Schränkchen selbst, der von einer Glasscheibe verschlossen war, war von einem Beil oder einer Säge aber nichts zu entdecken. Ich ging darauf durch den ganzen Zug. In jedem Wagen fand ich einen solchen Schrank, aber nie das angegebene Werkzeug. Dafür aber in einigen Schränken Zettel, auf denen das Inventar des Wagens, wie Fensterhaken, Kissenbecher usw. angegeben war. Es ergab sich nun die Frage: Warum werden diese Werkzeuge nicht mehr mitgeführt? Oder: Sind Schnellzugunglücke stets so furchtbar, daß Beil und Säge gar nicht mehr in Frage kommen?

Der kleinste Lebemann.

Er reicht kaum bis über die Anklagebank.

Ein langjähriger Bekannter in Moabit erschien wieder einmal vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte in der Person des Kaufmanns Georg Abrahamsohn, um sich wegen zahlreicher Betrügereien zu verantworten.

Der „kleine Lebemann“, wie er in Bekanntenkreisen genannt wird, ist eine bekannte Figur, die schon in der Vorkriegszeit im Nachleben Berlins eine große Rolle spielte. Abrahamsohn ist eine uflig wirkende Person. Mit dem Kopf reicht er kaum über die Anklagebank. Auf dem kleinen Körper ruht ein riesiger Kopf, der aber vollständig ohne jedes Haar ist. Abrahamsohn stammt aus einer reichen Familie und hatte feinerzeit beim Tode seines Vaters ein sehr großes Vermögen geerbt. Nun spielte er den Lebemann und war immer mit den elegantesten Damen der Halbwelt umgeben. Mit Vorliebe suchte er sich zu seinen Freunden bunte große schlante Personen aus, denen er kaum bis unter die Arme reichte. „Liebe“ und Spiel verschlangen aber große Summen und bald war das väterliche Erbe verpraßt. Nun legte sich der „kleine Abrahamsohn“, um die Rolle des Lebemanns weiter spielen zu können, auf Betrügereien und er ist schon unzählige Male von den Gerichten abgeurteilt worden. Die Strafe fiel immer verhältnismäßig milde aus, da ihm von den Gerichtsräten eine erhebliche Minderwertigkeit zugesprochen ist. In den jetzigen Fällen war der „kleine Abrahamsohn“ als Rechtsanwalt und Arzt aufgetreten. Durch seine vielen Strafprozesse war er natürlich auch mit zahlreichen Anwälten in Berührung gekommen und hatte deren Unterschriften ziemlich geschickt für Zahlungseinzahlungen zu fälschen gewußt. In neuerlicher Zeit war er als praktischer Arzt Dr. Grundmann aufgetreten, und hatte sich in Pensionen eingemietet, wo er auf Kredit wohnte und sich. Er erzählte von seinen großen Operationen und hatte seine Knie mit Jodoform und Eisöl komprimiert, so daß man ihn für den vielbeschäftigsten echten Arzt hielt. Nachdem er einige Zeit in den betreffenden Pensionen gelebt und genügend Schulden gemacht hatte, verschwand er. Das Gericht verurteilte diesmal den „kleinen Abrahamsohn“ zu 10 Monaten Gefängnis.

Der Kampf um die Blumenhalle.

Die Blumenhalle am Potsdamer Bahnhof, die seit 34 Jahren im Besitz der jetzt gelähmten und um ihre Existenz schwer ringenden Frau Peters ist, hat die Gerichte und die Öffentlichkeit bekanntlich häufig beschäftigt. Der Eisenbahnsiskus, dem das Gelände gehört, auf dem die Blumenhalle steht, hat den Einwand erhoben, diese Blumenhalle bedeute ein Verkehrshindernis und müsse beseitigt werden. Die Gerichte, an die sich Frau Peters in ihrer Not gewandt, haben dem Eisenbahnsiskus recht gegeben, und Frau Peters muß, wie wir im Morgenblatt vom Mittwoch mitgeteilt haben, in den nächsten Tagen den Platz räumen. Wie wir aber inzwischen erfahren, scheint die Behauptung des Eisenbahnsiskus, die Blumenhalle sei ein Verkehrshindernis, nur ein Vorwand zu sein. In Wahrheit will man nur mit Frau Peters nichts mehr zu tun haben und veräußert auf einen Pächter, der bedeutend mehr Pacht zahlt. Frau Peters hat feinerzeit, als der Eisenbahnsiskus mit dem Einwand des Verkehrshindernisses kam, zwei andere Plätze am der Zufahrtsstraße zum Potsdamer Ringbahnhof vorgeschlagen. Von der Betriebsinspektion 7 wurde ihr aber damals erklärt, diese Plätze würden überhaupt nicht mit Verkaufsfänden bebaut. Indessen kurze Zeit darauf etablierte sich auf dem einen Platz Roschwig und auf dem anderen Damsing. Auch der Vorstoß der Frau Peters, die Halle weiter zurückzurücken oder über den Potsdamer Fernbahnhof zu verlegen, fand keine Berücksichtigung. Dagegen schlug man ihr vor, die Halle in Stahnsdorf aufzubauen. Für Frau Peters bedeutet diese Lösung keine Existenzmöglichkeit, weil sich in Stahnsdorf bereits eine große Blumenhalle am Bahnhof befindet und die zahlreichen Kunden der Frau Peters natürlich nicht nach Stahnsdorf fahren werden. Die Betriebsinspektion 7 geht scheinbar durchaus ungerecht gegen die alte und hilflose Frau vor, sie will dieses „Verkehrshindernis“ beseitigen, um es durch ein neues zu ersetzen. Eine Nachprüfung der Angelegenheit durch die Eisenbahndirektion scheint durchaus notwendig. Man handelt hier einseitig bürokratisch, wie man ebenso bürokratisch vorgegangen ist, als man der Frau Peters bei Umrechnung der Miete von 20 000 M. in Goldmiete für das letzte Vierteljahr einen Goldpfennig Miete abgenommen hat. Diese Forderung wurde auf einem schönen Rechnungsbogen präsentiert, das allein mehr als einen Pfennig kostete!

Nachrichtigung im Rahardt-Prozess.

In dem Prozeß gegen den „Ehrenobermeister“ Karl Rahardt und Genossen fand am Donnerstag, nachdem die Verhandlung eines Tag ausgefallen war, eine Nachrichtigung statt. Der Grund dafür war, daß das Gericht dem Anklagevertreter, Assessor Dr. Ruffmann, Gelegenheit geben wollte, bei den weiteren wichtigen Teilen der Beweisaufnahme zuzugehen zu sein. Dr. Ruffmann hatte sich am Tage des Beginnes des Prozesses nach Danzig begeben, um dort an der Berechnung der Danziger Zeugen durch einen erlangten Richter des Landgerichts in Danzig teilzunehmen, da sich die Zeugen weiterten, vor einem Berliner Gericht zu erscheinen, vor dem sie als Staatsbürger des Freistaates Danzig nicht zuständig sind. Staatsanwaltschaftsreferent Ruffmann konnte erst im Laufe des Donnerstags wieder in Berlin eintreffen. Er war dann auch in später Nachmittag mit einem Flugzeug wieder in Berlin eingetroffen und konnte der Abendnachrichtigung, die sich bis 11 Uhr nachts hinzog, beimohnen. Das Gericht bemühte sich, juristisch und wirtschaftlich den Inhalt der Vereinbarungen zwischen der westpreussischen Verwaltungsgesellschaft in Danzig und dem aus zehn Personen bestehenden Konzern, der sich in Berlin zur Vertretung der Danziger Reichswerke gebildet hatte, klarzulegen. Der Angeklagte Karl Rahardt gab dazu die Erklärung ab, daß die Hauptstelle in Berlin lediglich als Kommissionärin für das Berliner Verbindungsgesamt, ebenfalls eine Handwerkerorganisation, tätig gewesen sei. Als er Rahardt, nun gesehen habe, welche Mengen von Waren in Berlin ankommen, hätte er Angst vor dem Risiko bekommen. Das Risiko habe darin bestanden, daß ein Preissturz eintreten könnte und daß überhaupt die Waren zu dem Kaufpreis nicht weiter verkauft werden könnten. Um sich zu sichern, hätte er das Geschäft auf die Konzernteilnehmer persönlich übertragen lassen. Das Verbindungsgesamt habe er dadurch geschützt, daß er die Lagerräume, in die die Waren kamen, auf den Namen des Verbindungsgesamtes lieferte. Die Verteidiger suchten den Beweis dafür zu führen, daß eine Untreue der Rahardt gegenüber der Hauptstelle und dem Verbindungsgesamt nicht in Frage kommen kann, weil die gesamten Aufträge, die nach Danzig geschickt sind, auch zur Rückzahlung gelangt sind. Eine Schädigung dieser Stelle sei also gar nicht eingetreten, auch die beteiligten Handwerkerorganisationen seien nicht geschädigt worden, weil die Warenbestände unter Tagespreis an die Handwerker abgegeben worden sind. Auf die Preisbildung wird das Gericht später noch eingehen. Der Bücherführer der Vereinbarungen ist an Hand der Geschäftsbücher ein Gutachten, indem er sich in Stunden

Verbandstag der Polizeibeamten.

Der Verband preussischer Polizeibeamten eröffnete in Berlin seinen Verbandstag am Donnerstag in einer nicht öffentlichen Sitzung, der am Freitag die öffentliche Tagung folgte. Als Gäste wohnten dem Verbandstag bei mehrere Vertreter des preussischen Innenministeriums, des Berliner Polizeipräsidiums, des Kommandos der Schutzpolizei sowie je ein Landtagsabgeordneter der sozialdemokratischen, der demokratischen und der deutschnationalen Partei.

Auf der Tagesordnung stand die Beratung einer Denkschrift über die Organisation und die Befolgung der Polizeibeamten. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein großzügiges Referat des Oberpolizeidirektors Ullrich. Der Redner ging davon aus, daß die Polizei, die im alten Staat ein Machtinstrument des Obrigkeitstaates war und deshalb in einem Gegensatz zu den Staatsbürgern stand,

zu einer Volkspolizei umgestaltet werden müsse, deren Aufgabe es sei, Verbrechen zu verhindern, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, im Interesse des Volkswohls zu wirken. So werde sich die Kluft schließen, die im alten Staat zwischen den Bürgern und den Polizeibeamten entstanden sei. Zur Durchführung dieses Grundgedankens vertrat der Redner eine Reihe ins einzelne gehender Forderungen hinsichtlich der Auswahl, der Ausbildung und der Verwendung der Beamten sowie der Organisation der Polizei und der Regelung der Befolgung, die den berechtigten Forderungen der Beamten Rechnung tragen müsse. Unter anderem betonte der Redner, daß Polizeidienst etwas ganz anderes sei als Militärdienst. Es sei deshalb nicht zu billigen, daß

leitende Polizeibeamte aus den Reihen der Offiziere des alten Heeres

entnommen werden, denn diesen fehle die Vorbildung für den Polizeidienst, der eine wohlgeschulte, fachtechnisch durchgebildete Beamtenschaft erfordere.

In der Diskussion nahmen die Gehaltsverhältnisse einen breiten Raum ein. Sie wurden von allen Rednern als ungenügend bezeichnet. Man forderte eine dem verantwortungsvollen Dienst der Polizeibeamten entsprechende Aufbesserung. Infolge der ungenügenden Befolgung gingen die fähigsten Beamten von der

Polizei ab. Ferner wurde bemerkt, die militärische Ausbildung werde übertrieben, es sei nicht notwendig, die älteren Beamten in der Waffentechnik ebenso auszubilden wie die jungen. Es sei an der Zeit, daß

die Schutzpolizei in die Verwaltungspolizei übergeführt werde. Einige Redner sprachen die Befürchtung aus, daß der Personalabbau bei der Polizei fortgesetzt werde und daß besonders die alten Beamten dem Abbau zum Opfer fallen würden.

Ministerialdirektor Dr. Wegg vom Ministerium des Innern bezeugte diese Befürchtung als unbegründet. Der Abbau bei der Polizei sei seines Erachtens erledigt. Was die Befolgungsverhältnisse betreffe, so müsse doch anerkannt werden, daß die Gehaltsaufbesserung (große Unruhe), welche ja nach jeder Richtung unbefriedigend sei, die Beamten doch in eine bessere Lage versetzt habe, nachdem die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse dem Staat die Gehaltsaufbesserung ermöglicht hatten. Man müsse aber bedenken, daß die wirtschaftliche Lage immer noch ungünstig sei und der Staat nicht mehr geben könne als er habe. Im nächsten Jahre laufe das Schutzpolizeigesetz ab, dann werde das Polizeigesetz auf eine andere Grundlage gestellt. Bieten sei es gar nicht zum Bewußtsein gekommen, in wie schwerer Gefahr der Staat im vorigen Jahre, namentlich im November, schwebte. In jener Zeit habe sich Preußen dank seiner Polizei als Ordnungszelle im Reiche bewährt. Wer etwa glauben sollte, daß nach dem Ergebnis der Reichstagswahl eine den veränderten Mehrheitsverhältnissen entsprechende Umstellung der Polizei zu erfolgen habe, dem sei zu sagen, die Polizei sei unpolitisch, sie habe sich nicht verändert und könne sich nicht verändern. Ihre Aufgabe sei, die Republik zu schützen.

Der Verbandsvorsitzende Schrader forderte, daß schon vor Ablauf des Schutzpolizeigesetzes die für die Beamten härtesten Bestimmungen desselben beseitigt werden.

Die Verhandlungen werden am heutigen Sonnabend fortgesetzt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Heute Sonnabend, den 21. Juni, abends 6 Uhr: Sitzung im Jugendheim, Lindenstr. 3.

Die Buchhandlung J. H. W. Dieck erinnert uns, daß die nachbenannten Abteilungen trotz vorübergehender Mangelzustände noch nicht abgerechnet haben:

9, 12, 21, 41, 78, 85, 93, 112, 114, 116, 118, 119, 143.

Die in Frage kommenden Abteilungsleiter werden hiermit öffentlich ersucht, die Abrechnung ungehäumt zu erledigen.

Der Bezirksvorstand.

Heute, Sonnabend, den 21. Juni:

- 27. Abt. Heute, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, treffen sich alle Genossen zur Flugblattverteilung betriebsratwähl im Lokal von Biersitz, Gleisstr. 56.
- 43. Abt. 6 Uhr bei Wolf, Großstraße, Befreiung der Betriebsratwahlen. — Sonntag früh 8 1/2 Uhr bei Wolf, Großstraße, Treffpunkt der Genossen zur Wahlarbeit.
- 131. Abt. Arbeiterhäuser, 8 Uhr im Lokal Rudolf Funktionärerversammlung.
- 137. Abt. Reinickendorfer-West. Die Genossen und Genossinnen treffen sich 7 1/2 Uhr zu einem Gemütlichen Beisammensein im Volkshaus.
- 241. Abt. Rosenfeld, Genossen, die auf der Kandidatenliste als Betriebsratwähler stehen, treffen sich 8 Uhr bei Reiche, Niederstraße.

Morgen, Sonntag, den 22. Juni:

- 18. Abt. Die Genossen, die sich zur Wahlhilfe für die Betriebsratwahlen zur Verfügung stellen wollen, treffen sich 8 Uhr bei Müller, Biersitz, 12.
- 25. Abt. Alle Genossen finden sich zur Wahlhilfe früh 7 1/2 Uhr bei Groß, Anipolstraße, ein.
- 33. Abt. Gemütliche Parteigenossen und Genossinnen treffen sich zur Wahlarbeit für die Betriebsratwahlen früh 8 Uhr bei Jandl, Bernauerstr. 8.
- 37. Abt. Die Helfer zur Betriebsratwahl treffen sich früh 7 1/2 Uhr bei Pfeiffer, Hausbergstr. 2. Dortselbst werden die Stimmzettel in Empfang genommen.
- 40. Abt. Die Helfer zur Wahlarbeit für die Betriebsratwahlen treffen sich 7 1/2 Uhr bei Reuther, Hagenbergstr. 20a.
- 41. Abt. Früh 8 Uhr Treffpunkt der Helfer zur Betriebsratwahl bei Schulz, Mariendorfer Str. 5.
- 48. Abt. Treffpunkt aller Genossen zur Wahlhilfe für die Betriebsratwahlen um 7 1/2 Uhr bei Riesoppan, Brandenburgerstr. 34.
- 52. Abt. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr Treffpunkt zur Wahlhilfe bei Bode, Kaiserin-Augusta-Allee 33.
- Reußstr. 33. Abt. Treffpunkt der Helfer für die Betriebsratwahlen 8 Uhr bei Fischer, Herzbergstr. 12. — 64. Abt. Eltern und Genossen, die der 2., 4., 15. und 16. Schule, sowie der 2. Hilfsschule zugehören, treffen sich zur Wahlarbeit früh 7 1/2 Uhr bei Grieger, Lehmannstr. 9.
- 101. Abt. Treptow. Die Genossen treffen sich zur Wahlhilfe für die Betriebsratwahlen früh 8 Uhr im Rinderhof, Wildenbuschstraße.
- 128. 130. Abt. Hansow. Zu der am Sonntag stattfindenden Betriebsratwahl treffen sich alle Genossen zur Wahlhilfe auf dem Schulhof der 8. Gemeindefschule, Kaiser-Friedrich-Straße, und auf dem Hof der 5. Gemeindefschule, Solankstraße, vormittags 9 Uhr.

Zum Linnemann
 Halb Zuder, halb Obstkaffee!
 Spart Geld und schmeckt vorzüglich
 1 H. Packung Frisch-Erdbeere 10 Pf.
 2 H. Packung = 1 Pf. 20. 2 Pf.
 Erdbeere in Rollenpackung, Drogenhandlungen und Apotheken.

Triberg
 Mildes Frühjahr m. intens. Sonnenstrahl, temper. Sommer, strahl. Herbst, hervorrag. Winter f. Ski, Bobsleigh (Kunsthahn), Rodel, Eislauf, Tennis, Schwimmen, Höhenlauf, Leicht erreichb. Dir. Schnellzüge. Unterkunft f. alle Anspr. Mäß. Preise. Jachmann Stoll, Kurverwaltung, Müll.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Achtung! Achtung!
 Hausstapfener und Mitglieder!
 Die Postzeitungsabonnenten werden von den Hausstapfenern unter Anrechnung von 30 Pf. in Zahlung genommen.
 Die Betreuung des 7. Bezirks hat an Stelle des Kollegen Paul E. am 2. d. M. der Kollege Billi Großmann, Reußstr. 25, Schierkestr. 25, vorn IV, übernommen. Die Ortsverwaltung.

2 Mark
 wöchentl. Teilzahlung
 Eleg. Herren-Garderobe
 fertig und nach Maß
 Garantie für tadellosen Sitz u. Verarbeitung
 Maßschneiderei J. Kurzberg
 Oranienstraße 160, I.

KOFFER
 jeder Art
OPP & JOSEPH
 Potsdamer Strasse 122.

Hosen Hosen
 jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. München-Gladbacher Hosen-Zentrale.
 Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Satzen sehr preisw.
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
 Rügener Str. 25 (nahe Gesunder). Blauer Laden — Fahrgeldvergütung.

Schokoladen
 in großer Auswahl!
 Billige Bezugsquelle für Kantinen und Wiederverkäufer.
Paul Grindel, Dircksenstr. 47, nahe Bahnhof Str.

Keine Wanze
 mehr nach Gebrauch von Kestel's Wanzenkautschuk "Radikal", der Wanzen drücker feind. Gegenstand für Wanzen abtötend tödlich wirkende Gasart, die in die verbergendsten Stellen, hinter Tapeten usw. eindringt, mit verheerender Kraft auch die sonst nicht erreichbaren Brunnenerkennungsstellen (Schloß II u. III, III u. IV, IV u. V, V u. VI) zerstört. Alleinvertrieb Otto Reichel, Berlin 43, 50 Eisenbahnstr. 4. Schützt in Drogenreis, aber auch nur mit der berühmten Marke.

Die ersten englischen Fettbäcklinge
 sind eingetroffen. Täglich frisch aus dem Rauch, direkt aus der eigenen Röhre.
Berlin Norden, Badstr. 9
 am Bahnhof Gesundbrunnen
 Bei Abnahme von mindestens 5 Pfd. Vorzugspreis.

Metallbetten
 Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Rückwärtslos herabgesetzt!

Wäschstoffe		Wäsche	
Sportflanelle mittelstarke Streifen . . . Mtr.	0.48	Dam.-Taghemden mit Trägern	1.45
Waschflanelle hübsche Streif. f. Schlafanzüge u. elegante Sportblusen . . . Mtr.	0.95	Dam.-Taghemden Beinkleider mit Langgötten oder Stickerel . . .	2.75
Spezial-Voile 110 cm breit, in vielen Farben . . . Mtr.	0.95	Prinzebröcke mit bestem Stickerelvolant . . .	1.45
Frotté für Kleider und Röcke, doppeltbreit, Mtr.	1.65	Hemdbröcke mit bestem Stickerelvolant . . .	6.90
Woll-Musseline helle und dunkle Muster Mtr.	2.75	Hemdbröcke mit bestem Stickerelvolant . . .	4.90
Vollvoile 115 cm breit, Pa. Schweizer Ware . . .	1.95	Schürzen	
Große Posten Wäschstoffe		Wiener Schürzen aus buntem Stoffen . . .	1.95
Musseline, Zephir, Perkal Posten III Posten II Posten I		Hauschürzen ohne oder mit Leinwand, Blutdruck od. Gingham . . .	1.85
Mtr. 1.45 Mtr. 0.95 Mtr. 0.65		Servierschürzen weiß, aus gutem Leinwand . . .	1.95
Große Posten Hemdentuch stark- u. mittelstark, Qualität, 80 cm breit, Mtr.	1.10, 0.85	Balistenschürzen weiß, mit Trägern	2.25
Linon für Bettwäsche 130 cm br. 1.65 80 cm br. Mtr.	1.10	Badewäsche	
Inlett Pa. Qualität 130 cm br. 2.90 80 cm br. Mtr.	2.45	Badetrikots garniert für Damen	1.95
Gardinen		Frotteierhandtücher weiß und mit Karle . . .	1.25
Etamin ca. 150 cm breit . . . Mtr.	1.90	Bademäntel aparte Dessins . . .	22.50
Halbstores Etamin mit breiten Einsätzen . . .	3.25	Badelaken 9.50, 6.50	3.50
Künstlergarnituren gewebt, 3 teilig	4.95	Korsette	
Künstlergarnitur 3 teil. Etamin u. Einsätze . . .	7.75	Hüfthalter grau Drill	2.95
Etamingarnituren buntfarbig, 3 teilig	8.75	Sportgürtel mit Haltern	3.25
Bettdecken 2 bettig, gewebt, achte Dessins 12.75	9.50	Büstenhalter	1.25
Bettdecken 2 bettig, Etamin u. Einsätze 17.50	13.75	Kostümröcke	
Diwanddecken Mohair, versch. Farben und fellartig	52.50	Sportröcke Serie III Serie II Serie I	3.75 2.75 1.95
Kissengarnituren 2 teilig, für Korsetten 5.25	4.25	Reinwoll. Kostümröcke Cheviot oder moderne Streifen Serie III Serie II Serie I	7.90 5.50 3.90
Zwei Serien Schlafdecken Jacquardmuster . . . Serie II Serie I	8.75 6.75	Weiße Cheviot- oder Gabardine-Röcke Serie III Serie II Serie I	19.50 16.50 12.50

Rückwärtslos herabgesetzt!

Preis Abbau

Musseline- u. Voile-Kleid.			Damen-Mäntel oder Sportjacken		
Serie III	Serie II	Serie I	Serie III	Serie II	Serie I
5.90	4.95	3.75	9.75	7.90	5.90
Vollvoile-Kleider weiß oder gemustert			Elegante Mäntel		
Serie III	Serie II	Serie I	Serie III	Serie II	Serie I
12.50	9.75	6.50	29.50	24.50	19.50
Frotté-Kleider			Reise-Kostüme		
Serie III	Serie II	Serie I	Serie III	Serie II	Serie I
12.50	9.75	6.75	19.50	16.50	12.50
Elegante Frottékleider			Elegante Kostüme		
Serie III	Serie II	Serie I	Serie III	Serie II	Serie I
24.50	19.50	16.50	49.00	36.00	29.50
Damenkleider			Sportwesten u. Strandjacken		
Serie III	Serie II	Serie I	Serie III	Serie II	Serie I
9.50	7.50	5.00	12.50	9.50	6.50
Gabardine- oder Gesellschaftskleider			Gummi- u. Regenmäntel		
Serie III	Serie II	Serie I	Serie III	Serie II	Serie I
24.50	16.50	12.50	24.50	18.50	13.50
Lodenmäntel u. Capes			Große Posten kunstseidene Jumper		
Serie III	Serie II	Serie I	Serie III	Serie II	Serie I
22.00	18.50	14.50	9.50	6.75	4.95

Rückwärtslos herabgesetzt!

Unser Angebot in **Strümpfen** übertrifft alles!

Große Herrensocken Posten III Posten II Posten I	0.68	0.48	0.28
Herrensocken feinfarbig mit Doppelsohle u. Hochferse	0.95		
Herrensocken Kunstwolle und Seidenfaser in vielen modernen Farben Paar	1.95		
Große Damenstrümpfe schwarz, grau, leder, weiß, beige, Posten III Posten II Posten I	0.95	0.65	0.35
Damenstrümpfe Seidenfaser mit Doppelsohle u. Hochferse	1.25		
Damenstrümpfe Doppelfaser u. Hochf. Kunstseide, Klasse Gewebe . . . Paar	1.75		
Damenfüßlinge feinfärbige Qualität . . . Paar	0.28		

Trikotagen

Damen - Schlupfhosen in vielen Farben Serie III Serie II Serie I	1.95	1.45	0.95
Damen - Schlupfhosen Kunstwolle, aparte Farben, Paar	2.45		
Damen - Schlupfhosen Flor, Knieform, mit Volant in schönen Farben . . . Paar	3.90		
Einsatzhemden für Herren, aparte Muster . . .	2.45		
Netzjacken für Herren weiß oder gelb	1.25		
Kinder-Sweater in verschiedenen Größen . . .	1.25		

Blusen

Sportblusen Perkal oder Zephir Serie III Serie II Serie I	3.75	2.95	2.45
Voile-Blusen Serie III Serie II Serie I	4.50	2.75	1.75
Eleg. Voll-Voile-Blusen Serie III Serie II Serie I	12.50	9.50	6.50

Der Graff-Prozess.

Stettin, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Am Freitag wurden zu Beginn der Sitzung im Nordprozess Graff zunächst die neugeladenen Zeugen aufgerufen. Zeuge Rag Raikowski, Schupobeamter der ersten Hundertschaft, war ein guter Freund der Verurteilten Nieble und Dömland. Er weiß nichts von einem Auftrag Reinhardts an Nieble zur Erschießung des Schmitz. Nieble sei erkrankt gewesen, als er am nächsten Tage von der Ermordung Graffs Kenntnis erhalten habe. Der Zeuge sagt aus, daß nach der Erschießung Schmitzlewis Hauptmann Heder die Hundertschaft zusammengerufen und die Beamten ermahnt hätte, sich zu keinen Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß er während der belgischen Haft mehrmals mit dem Gummiknüppel geschlagen worden sei.

Vorf.: Als Sie Ihren Namen unter das belgische Protokoll setzen sollten, wurde da zu Ihnen gesagt: Unterschriften Sie Ihre Lügen? Zeuge: Ja.

Zeuge Furchner, Schupobeamter und Freund des Nieble, sagt aus, daß Termöhlen Beziehungen zu Schmitz hatte.

Der Verteidiger fragt: Haben Sie auch eine Aussage getan, daß Sie Schmitz niederschießen wollten? Zeuge: Ja, das habe ich gesagt. Es sind damals viele derartige Worte gefallen. Verteidiger: Das wollte ich wissen zur Kennzeichnung der damaligen Lage. Zeuge Furchner hat bei seiner Vernehmung vor den Belgiern gesagt, daß Nieble die Ausrufung in bezug auf Schmitz getan habe: Wenn ich Schmitz sehe, dann ist er ein Mann des Todes. Weiter hat der Zeuge dort befundet: Nieble sagte mir, Schmitz würde an derselben Stelle sterben, an der Schmitzlewis erschossen wurde. Furchner hat ferner ausgesagt, daß Reinhardt einen Tag vor dem Tode Graffs in der Kammer zu Nieble sagte: Sie wissen ja, was Sie zu tun haben. Der Zeuge hat diese Aussagen bei mehreren belgischen Vernehmungen wiederholt und ausdrücklich die Richtigkeit derselben bescheinigt. Sehr will sich der Zeuge an diese Ausrufungen der Verurteilten nicht mehr erinnern. Am Tage nach dem Tode Graffs war Zeuge bei dem Pistolenschießversuche mit Reinhardt zusammen. Nieble war auch dabei.

Der Vorsitzende fragt den Zeugen: Hat Nieble jemals von der Tat etwas geäußert? Der Zeuge verneint diese Frage.

Weber, Oberwachmeister der ersten Hundertschaft, schildert dann die Vorgänge nach der Erschießung Schmitzlewis. Der belgische Polizeileutnant Schmitz sei bestrebt gewesen, möglichst viele deutsche Beamte ins Gefängnis zu bringen. (Schmitz ist ehemaliger Deutscher. Sein Vater ist von den Deutschen wegen Spionage erschossen worden.)

Vorf.: Ruhten Sie Schmitz grüßen? Zeuge: Ja, das verlangte er. Vorf.: Haben Sie etwas von den Beziehungen Termöhlen's (einer der Verurteilten) zu den Belgiern gehört? Der Zeuge kann darüber nichts sagen. Vorf.: Sollten die Beamten neben der Dienstwaffe noch eine Privatwaffe haben? Zeuge: Nein, das sollte nicht sein.

Der nächste Zeuge Lokomotivführer Termöhlen ist der Bruder des in belgischer Gefangenschaft befindlichen Adolf Termöhlen. Ueber die angeleglichen Beziehungen Termöhlen's zu den Belgiern weiß er nichts. Sein Bruder sei aus der Schupoabteilung ausgeschieden, um eine Stellung im Gruppenamt anzunehmen. Der Zeuge hat seinen Bruder mehrfach in der Haft besucht. Dieser hat stets befundet, daß er unschuldig sei. Zeuge gibt dem Vorsitzenden einen Brief seines Bruders Adolf an seine Frau. Der Brief befand sich in einem Stück Seife, das in einem Paket lag. Darin beteuert jener erneut seine Schuldlosigkeit und schreibt, sein Geständnis sei eine Folge der Art der belgischen Vernehmung. Wenn man 15 Stunden auf der Anklagebank sitze und dauernd gezwiebelt werde, dann will man endlich mal seine Ruhe haben. Bei der Hauptverhandlung hat Adolf Termöhlen auf Ehrenwort keine Unschuld beteuert. Der belgische Richter erwiderte ihm darauf: Der Deutsche hat kein Ehrenwort.

Zeugin Helene Reinhardt ist die Frau des Leutnants Reinhardt. Ihre Vernehmung erstreckt sich auf alle Einzelheiten. Vorf.: Stimmt es, daß Ihr Mann bei seiner Verhaftung, nachdem ihm der Grund mitgeteilt worden ist, gesagt hat: Na, es ist gut, daß es wegen Graff ist. Dann komme ich ja bald wieder frei. Zeugin bejaht dies. Sie äußert weiter, daß sie einmal von ihrem Mann gehört habe, Leutnant Sander weiß um die Sache und wie sie gefangen ist. Sander habe ihr auch gesagt: Ich weiß bestimmt, daß Ihr Mann unschuldig ist und werde mich deshalb mit aller Kraft für ihn einsetzen. Am Abend der Ermordung Graffs hat sich die Zeugin mit ihrem Mann bei der Familie des Majors Roog aufgehalten. In einem Brief Reinhardts an seine Frau heißt es: Ich traue auf den Leutnant Sander. Er kann alles aufklären. Der Generalsstaatsanwalt fragt die Zeugin, ob sie darüber etwas weiß, daß ihr Mann am 4. Dezember 1922 dreimal vernommen wurde. Einmal habe er dabei alles gestanden und einmal alles geleugnet, dann wieder gestanden mit der Begründung, man habe gebohrt, die Zeugen wegen Meinungsäußerungen, wenn er beim Beugnen bleibe, Zeugin weiß sich darauf nicht zu bestimmen.

Die Zeugin Frau Major Roog, die seinerzeit im Hause des Leutnants Reinhardt wohnte, wird vom Vorsitzenden gefragt, ob Frau Reinhardt zu ihr gesagt habe, daß Offiziere genau um die Tat wüßten. Zeugin: Ja. Sie nannte auch die Namen Collas, Sander und Christen. (Offiziere der hamborner Schupoabteilung.) Zeugin wird gefragt: Warum geschah dann nichts für den Leutnant Reinhardt? Die Zeugin äußert, daß sie stets Frau Reinhardt mit den Worten beruhigt habe, die Offiziere sind Ehrenmänner, die Reinhardt nicht ins Gefängnis lassen werden.

Zeuge Major Roog befundet, daß Reinhardt mit der Ermordung Graffs unmöglich etwas zu tun haben könne. Reinhardt und seine Frau seien bis 12 Uhr nachts bei ihm gewesen. Er sagt weiter aus, daß Schmitz die Schupoabteilung derartig schikanieren hätte, daß er, Zeuge, bei der belgischen Behörde vorstellig geworden ist, damit Schmitz entfernt werde, weil für seine Sicherheit nicht mehr garantiert werden könne. Der Zeuge läßt sich dann weiter über Drangsalierungen der Schupo und der Zivilbevölkerung durch die Belgier aus.

Wirtschaft

Die neuen Tendenzen der Konzentrationsbewegung.

Die Konzentrationsbewegung in der deutschen Industrie, die früher von der Flucht aus der Welt in die Sachwerte geleitet war, ist neuerdings stark beherrscht von dem Streben, durch Anschluß an Geldinstitute ihre Kapitalbasis zu verfestigen und andererseits der drohenden Konkurrenz des Auslandes vorzubeugen. Diese Eigentümlichkeiten fallen bei einer Betrachtung der in den ersten vier Monaten des Jahres erfolgten Zusammenschlüsse in der Industrie, Versicherung und im Bankgewerbe auf. Zusammenschlüsse von Industrie mit Versicherungsgesellschaften (Stinnes-Rordstern-Gruppe, Michael u. Komp-Germania-Versicherungs-Gruppe) fallen in diese Kategorie. Diese Versicherungsgesellschaften verwalten große Kapitalien, besonders jetzt, wo die erpärten Kapitalisten viel mehr zu ihnen als zu den Banken wandern. Sie können daher die mit ihnen verbündeten Industrieunternehmen mit Kapitalien versorgen. Daher müssen wir diese Art von Zusammenschlüssen, falls sie weiter anhalten, besonders aufmerksam verfolgen.

Die Zusammenschlüsse zwischen Industrieunternehmen und Bank erfolgen in der Nachkriegszeit unter der Leitung der



1. Der Republikaner und ...



2. der Monarchist im Gefängnis.

Industrieunternehmen, denen die Bank angegliedert wird. Vor dem Kriege war der Vorgang umgekehrt. Die Badische Anilin- und Sodafabrik hat im März die Majorität der Länderbank in Berlin erworben, ein Beispiel für den geschilderten Prozeß. Ein anderes ist die Angliederung des Barmer Bankvereins an die Finanzabteilung des Siemens-Konzerns.

Der im Februar erfolgte Zusammenschluß der oberbayerischen Zementindustrie in Form einer Interessengemeinschaft auf 56 Jahre verdient deshalb besondere Beachtung, da er auf die Verstrukturung des englischen Zementhandels folgte.

Zwei Großkonzerne, AEG und Otto Wolff, haben im März eine gemeinsame Abgaborganisation in der Türkei gegründet, wodurch ein neuer Berührungspunkt zwischen beiden Großkonzernen neben den schon bestehenden geschaffen wurde.

Der Zusammenschluß zweier großer Automobilfabriken wurde vermutlich aus Angst vor Ford, der mit seinen Autos bald auch Europa überschwemmen dürfte, bewirkt.

Der Delirium von Siemes hat im März die Motorwerke Mannheim erworben. Auch hierin kommt die Bestrebung, den Delirium in eine vertikale Konzentration mit der Motor-, Maschinen- und sonstigen verarbeitenden Industrie zu bringen, zum Ausdruck.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Pfalz.

Den Reichsreicht der besetzten Gebiete zur Zeit der Regierungsstiftung kann nur der recht verstehen und würdigen, der die zur Zeit dort wütende Wirtschaftskrise kennt. Die Krise tritt besonders scharf in der Pfalz auf. Es sind in erster Linie kleinere Firmen mit 100 bis 200 Arbeitern, die infolge der Kreditverknüpfung gezwungen sind, Arbeiterentlassungen vorzunehmen. In der Biermasener Schuhindustrie hat man sich stellenweise dadurch zu helfen gesucht, daß die Firmen die jüngeren Arbeiter mit Schutzpatenten auf die benachbarten Dörfer und kleinen Städte hinausgeschickt, um Geld herbeizubringen und so wenigstens die älteren Arbeiter in der Fabrik weiter beschäftigen zu können. Viele Firmen, die früher zumeist mit eigenen Mitteln arbeiteten und nur selten Bankkredit in Anspruch nahmen, sind am Zahlung oft nicht in der Lage, zur Entlohnung der Arbeiter 700 bis 1000 Mark aufzutreiben. Auch in der Holzbranche und in den Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen herrscht starke Abfahstodung.

Um die Schwierigkeiten einigermaßen zu beheben, haben in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen den Handelskammern und der Reichsbank stattgefunden. Vor allem hat die Ludwigshafener Handelskammer sich um die Bereitstellung von Krediten bemüht.

Verhältnismäßig am besten liegen die Dinge im Baugewerbe, das infolge der Dringlichkeit der Wohnungsbauverpflichtung jetzt täglich mehr Aufträge erhält und starke Nachfrage nach Maurern, Anstreichern u. dergl. aufweist.

Die weltwirtschaftliche Solidarität.

Die Beschlüsse des Internationalen Soziologischen Kongresses, der vor kurzem unter Teilnahme der bekanntesten Vertreter der soziologischen Wissenschaft in Rom stattfand, verdienen die größte Beachtung. Die Forderungen des Kongresses auf wirt-

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table with columns for food items and prices. Includes items like Gerstengraupen, Röstgetreide, Kakao, Tee, Zucker, etc. with prices in Goldmark and Reichsmark.

schafftpolitischen Gebiet sind darzulegen die gleichen, welche von den sozialistischen Parteien Europas als Forderungen für die gegenwärtige Wirtschaftspolitik und von ihren Feinden als naiv, undurchführbar, ja als verwerflich verworfen werden. Im Namen der wirtschaftlichen Solidarität der Völker verlangt der Kongress u. a.:

Daß die glücklicheren Nationen, welche größeren Nutzen aus dem Kriege gezogen haben, denen, die sich in gedrückter Lage befinden, helfen sollen, ihre Budgets zu heilen, ihre Währungen zu stabilisieren und ihre produktiven Energien zu vermehren.

In den Handelsbeziehungen soll das verwerfliche System des Hochschutzes verschwinden.

Es soll eine gleichmäßige Verteilung der Rohstoffe, die der Industrie unentbehrlich sind, stattfinden.

Es wird eine größere Freiheit der Ein- und Auswanderung verlangt.

Die genossenschaftlichen Einrichtungen sollen in jedem Lande verstärkt und ihre internationale Zusammenarbeit gefördert werden.

Das Problem der Arbeitslosigkeit wird in Verbindung mit dem der Auswanderung betrachtet, und es wird verlangt, daß die Kosten der Beschäftigung gegen Arbeitslosigkeit ausschließlich von den Arbeitgebern getragen werden sollen.

Die weltwirtschaftlichen Probleme, die sich insbesondere mit Rußland, mit den nationalen Minderheiten in den verschiedenen Ländern und mit den Problemen der sogenannten niederen Rassen befassen, werden durchweg in demselben Geist behandelt wie die wirtschaftspolitischen. Der Eintritt Rußlands in den Völkerbund, die Schaffung eines internationalen Amtes unter der Führung des Völkerbundes zum Schutz der eingeborenen Arbeiter und eines Organs zur Beobachtung und Unterstutzung der Wünsche der nationalen Minderheiten sowie Sanktionen des Völkerbundes gegen Verletzung der Minderheitsrechte wurde in den Kongressbeschlüssen gefordert.

Norddeutscher Lloyd. Der Abschluß des Norddeutschen Lloyd für das Jahr 1924 weist einen Betriebsüberschuß von 1 011 064 Billionen M. auf, denen an Unkosten 503 661 Billionen M. gegenüberstehen; nach Abschreibung von 824 661 Billionen M. auf Seedampfer und 32 500 Billionen M. auf Grundbesitz, Gebäude und Anlagen wird ein rechnungsmäßiger Ueberschuß von 150 240 Billionen M. ausgewiesen. Es wird der Generalversammlung vorgeschlagen, diesen Betrag von der Verteilung auszufesthalten. In der Bilanz erscheinen 44 Seedampfer, 24 Flußdampfer, 5 Barkassen und 166 Boote; an Neubauten wurden fertig 8 Passagier- und Frachtdampfer mit zusammen 110 260 Brutto-Registertonnen, 4 Frachtdampfer mit 22 665 Brutto-Registertonnen, insgesamt 132 925 Brutto-Registertonnen. Ferner wurden 2 Dampfer mit 17 884 Brutto-Registertonnen angekauft. Im Bau waren am 1. Januar 1924 noch 6 Seedampfer mit zusammen 66 500 Tonnen; nach Fertigstellung dieser Neubauten wird eine Tonnage von 4 01 963 Brutto-Registertonnen an Seedampfern, Schleppern, Boatern und Hilfsfahrzeugen vorhanden sein. Das Passagiergeschäft war während des Berichtsjahrs lebhaft; das Frachtgeschäft litt unter dem Einfluß des Lonnageüberflusses und des durch die Ruhrbefehlung beeinträchtigten Bedungsangebots sowie unter den gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegenen Bedungsuntkosten; indessen haben die ausgeführten Reisen, auf werbeständiger Grundlage abgerechnet, im Durchschnitt Nutzen gelassen.

Das Bier in der Weltwirtschaft. Ein aufschlußreicher Aufsatz in den Mitteilungen der Internationalen Union der Arbeiter der Lebens- und Genussmittelindustrie, Zürich, bringt unter anderem die Ziffern der Biererzeugung in den Jahren 1922 und 1921. Für 1923 itogen die Zahlen noch nicht vor. Im Jahre 1922 wurden ungefähr 2 Millionen Hektoliter Bier weniger erzeugt als 1921. Der Ausfall betrifft die Vereinigten Staaten, Deutschland und England, in welchen Ländern in diesem Jahre um beinahe 12 Millionen Hektoliter weniger erzeugt wurde als 1921, wogegen in Belgien und Frankreich um 8 Millionen Hektoliter mehr erzeugt wurden als ein Jahr zuvor. In den übrigen Ländern mit namhafter Biererzeugung hat sich mit Ausnahme von Dänemark die Produktion überall erhöht. Nach der Höhe der Biererzeugung im Jahre 1922 (in Millionen Hektoliter) stehen an der Spitze England und Deutschland mit je 23 bzw. 31 Millionen. In die zweite Gruppe gehören Belgien und Frankreich mit 14 bzw. 13 Millionen Hektoliter. In den Vereinigten Staaten, wo infolge des Alkoholverbotes die Erzeugung zurückging, wurden 1922 noch 7,4 Millionen Hektoliter erzeugt. Nach ihnen kommt die Tschechoslowakei mit 6,3, Oesterreich mit 3,9, Australien mit 3,2 Millionen. Ueber 2 Millionen Hektoliter Bier wird in Dänemark und Schweden, zwischen 2 und 1 1/2 Millionen Hektoliter in Holland, Kanada und Argentinien, über 1 Million in Japan, Italien und der Schweiz erzeugt. Ueber den Verbrauch von Bier auf den Kopf der Bevölkerung wissen wir nur, daß seit langer Zeit an erster Stelle Belgien steht, dann England und Deutschland. In der Vorkriegszeit stand Deutschland an zweiter Stelle.

Deutsch-Tschechoslowakische Handelseingangsstelle. Entsprechend der von einigen Wochen ins Leben gerufenen deutsch-dänischen Handelseingangsstelle steht nunmehr, wie der „Konfektionär“ zuverlässig erfährt, die Errichtung eines gleichartigen deutsch-tschechoslowakischen Schiedsgerichts bevor. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat hat gemeinsam mit den tschechoslowakischen Handelskammern ein Schiedsgerichts-Statut beschlossen, das voraussichtlich am 1. Oktober in Kraft treten dürfte.

